

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1982.

Donnerstag, den 2. März 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abrüstung!

Jener Debatte in der französischen Kammer, deren Ausgang das Ministerium Briand zur Demission zwang, war eine andere vorausgegangen, deren Bedeutung man nicht durch den Ministerwechsel in den Hintergrund drängen darf. Hat doch, wie wir bereits hervorgehoben haben, zum erstenmal ein Parlament eines Großstaates eine offizielle Kundgebung für die gleichzeitige Einschränkung der Rüstungen beschlossen. Mit 447 gegen 56 Stimmen hat die Kammer den Antrag angenommen, der die Regierung auffordert, sich im Einvernehmen mit den verbündeten und befreundeten Mächten zu bemühen, die Rüstungseinschränkung auf die Tagesordnung der nächsten Haager Konferenz setzen zu lassen. Dieser Beschluss ist gerade für die französische Kammer um so bemerkenswerter, als er den ausdrücklichen Verzicht auf die Revanchepolitik bedeutet. Gewiß, der Revanchegedanke war in Frankreich in Wirklichkeit schon lange tot. Hat doch gerade Frankreich als Kentnerstaat, als Mächtigster der ganzen Welt bei einem Kriege nur zu verlieren und nichts zu gewinnen. Dieses Land mit seinem übergroßen Kolonialreich, seiner langsamen industriellen Entwicklung und stagnierenden Bevölkerung ist heute aus zwingenden ökonomischen Gründen sicher der friedliebendste von allen Großstaaten und hat das auch in der Orientkrise bewiesen, die der Herr v. Kehrenthal so leichtfertig angezettelt hatte. Zudem aber die Kammer den Einschränkungsantrag annahm, hat sie auch offiziell der Revanchephrasologie entsagt und dies verdient um so mehr hervorgehoben zu werden, da gerade jetzt der deutsche Kriegsminister und seine Offiziere den Zeitpunkt für geeignet halten, mit Frankreich einen höchst überflüssigen Krakeel über die Fremdenlegion anzufangen. Wir sind gewiß die letzten, die für diese Beule am Körper des französischen Militarismus etwas übrig haben und gerade die sozialdemokratische Presse hat oft und rücksichtslos die Mißstände in diesem Regiment gerügt. Aber wir Sozialdemokraten, die wir immer und überall den Militarismus bekämpfen, haben auch das Recht dazu. Unsere heimischen Militaristen aber mögen gefälligst vor ihrer eigenen Tür kehren. Herr v. Heeringen möge endlich dafür sorgen, daß in Deutschland die abschleichen und schmachvollen Soldatenmishandlungen aufhören, erst dann wird er berechtigt sein, gegen Auswüchse des fremden Militarismus im Namen der Humanität das Wort zu nehmen. Wir Sozialdemokraten wenigstens werden uns auch durch den neuesten chauvinistischen Kummel keinen Moment davon abbringen zu lassen, an die deutsche Regierung und den deutschen Reichstag die Frage mit allem Nachdruck zu stellen, was sie nun ihrerseits tun wollen, um die Idee eines internationalen Rüstungsabkommens zu fördern.

Die Frage erscheint uns so dringender, als auch in anderen Parlamenten diese wichtige aller internationalen Fragen nicht mehr von der Tagesordnung verschwindet. In den Vereinigten Staaten hat Präsident Taft die Einberufung einer Friedenskommission angeregt, die das Internationale Schiedsgericht zu einem wirksamen Instrument des Friedens ausgestaltet sollte, und im englischen Unterhaus hat Sir Grey, der Minister des Auswärtigen, mit größter Bereitwilligkeit die Unterstützung jedes brauchbaren Planes zugesagt. Auch in der österreichischen Delegation haben unsere Genossen, wenn auch vorläufig ohne positiven Erfolg, eine internationale Einschränkung der Rüstungen gefordert und vor allem eine Verständigung mit Italien, die die neuen Marineforderungen in beiden Ländern überflüssig machen würde.

Nun sind wir sicherlich die letzten, die sich Illusionen über den Wert solcher Beschlüsse der heute Herrschenden hingeben würden. Wir wissen, daß gerade in der jetzigen Phase des Kapitalismus die Herrschaft des Finanzkapitals eine aggressive auswärtige Politik bedingt. Die vereinigte Macht der großen Banken und industriellen Monopole fördert den Kapitalexport, treibt die kapitalistische Expansion auf die Spitze, schafft immer neue und immer bedeutendere kapitalistische Interessensphären in fremden Ländern, schürt die Kolonial-eiferjucht der großen Staaten und schafft unaufhörlich neue Konfliktstoffe. So entspringt das wahnwitzige, zum Bankrott treibende Wettstreben der kapitalistischen Nationen unmittelbar aus den ökonomischen Interessen gerade der mächtigsten Gruppen der Kapitalistenklasse, und Torheit wäre es zu meinen, daß dieses Bestreben anders als im härtesten Klassenkampfe zu überwinden, daß Militarismus und Marinismus endgültig anders zu beseitigen wären als durch die Beseitigung der politischen Herrschaft jener Schichten. Es ist bezeichnend, daß in derselben Sitzung, in der die Kammer jener Abrüstungsresolution zustimmte, sie der Regierung zwei neue Dreadnoughts bewilligte. Aber selbst wenn man jene Bewilligung noch aus der Ueberzeugung der bürgerlichen Parlamentarier erklären wollte, daß die Abrüstung eben international geregelt werden müsse und nicht von einem einzelnen Lande allein ausgehen könne, so bliebe doch die wütende Opposition überaus bezeichnend, mit der sich am nächsten Tage die großkapitalistische Presse, an ihrer Spitze der „Temps“, gegen den Beschluss erhob.

Aber trotz alledem bleiben solche Beschlüsse bemerkenswert und sind nicht ohne Bedeutung. Denn sie erweisen ein Zurückweichen der herrschenden Klasse vor der unermüdlischen und zielbewußten Friedensarbeit der Sozialdemokratie. Die antimilitaristische Agitation der Sozialdemokratie ist nicht vergebens gewesen, und nicht nur das internationale Proletariat, das der Träger dieser Kulturbewegung ist, sondern weite Schichten des Bürgertums sehen mit Grauen und Entsetzen, daß der Wahnsinn des Wettstreits nur in dem chronischen Verderben des Bankrotts oder in dem schnellen des Weltkrieges enden kann. Um diese ihre bürgerliche Gefolgschaft zu beruhigen, sehen sich die vom imperialistischen Geist erfüllten Gewalthaber von Zeit zu Zeit gezwungen, ihre Verbeugung vor dem Friedensideal zu machen. Wir aber haben allen Grund, die Herren nicht zu leichtem Kaufes davontommen zu lassen und sie bei dem Wort zu nehmen. Uns ist es ernst mit der Abrüstung. Wir führen den Kampf auf nationalem-staatlichem Boden, indem wir in jedem Lande die Forderung Molochs ablehnen, die Kolonialpolitik und den Imperialismus bekämpfen. Und wir führen ihn international, indem wir in allen Parlamenten immer wieder die Forderung erneuern, daß ein internationales Abkommen zur Beschränkung der Rüstungen und Abschaffung des Seebeuterechts endlich getroffen werde, um die Bahn frei zu machen für eine wahrhafte Sozial- und Kulturpolitik.

Wir wissen, daß die Herrschenden dieser Forderung langen und erbitterten Widerstand entgegenzusetzen werden, und je größer unsere Macht, desto seltener werden vielleicht jene platonischen Zustimmungen werden, die heute noch häufig sind. Aber der Widerstand schreckt uns nicht. Zwingt er doch die Herrschenden, ihre wahren Absichten zu enthüllen, und wir wissen, diese Enthüllung wird uns viele neue Anhänger zuführen. Und so ist denn unser Eintreten für die internationale Abrüstung ein gutes und wirksames Mittel in dem so bedeutungsvollen und wichtigen Kampfe gegen Militarismus und Imperialismus.

Sozialdemokratie und Wingerfrage.

Mitte November vorigen Jahres kam im Bezirkstag für Oberelsaß auch die Wingerfrage zur Verhandlung. Mit Rücksicht auf die durch die schlechte Weinernte unter den Wingern hervorgerufene Notlage, beschloß der Bezirkstag einstimmig — mit Zustimmung auch der Sozialdemokraten —, die Regierung und den Landesausschuß um die sofortige prozentuale Herabsetzung der Ertragsteuer für Neben zu ersuchen; ebenfalls wurde mit den sozialdemokratischen Stimmen beschlossen, ausreichende Mittel behufs staatlicher Unterstützung der Bekämpfung der Rebschädlinge zu verlangen. Gegen einen weiteren Antrag auf allgemeinen und völligen Steuererlaß für die Winger in diesem Jahre erhoben die drei Sozialdemokraten, Emmel, Widh und Bucher jedoch Einspruch mit der Begründung, daß unter den Wingern doch auch reiche Leute mit großen Nebeneinkünften sich befinden, — man solle da einen Unterschied machen, indem man nach oben eine Grenze zieht. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Bewilligung von 100 000 Mk. aus Bezirksmitteln zur Beschäftigung von notleidenden Wingern bei Rotstandsarbeiten wurde abgelehnt.

Diese Stellungnahme der Sozialdemokraten wurde von der elsässischen Zentrumspresse zum Gegenstand einer beispiellosen Fehlprompagnе gemacht. Die Sozialdemokraten, hieß es da, hätten ihre Bauernfeindschaft wieder einmal dokumentiert, indem sie gegen den beantragten Steuererlaß stimmten, indem sie für die Winger eine „sibirische Zwangsarbeit“ (!) in Elsaß-Lothringen einführen wollten u. dgl. m. Ganz besonders tat sich bei dieser Heiße der Bundesausschussmitglied Dr. Ricklin hervor. Jetzt hat am 21. Februar im Landesausschußgebäude zu Straßburg eine Versprechung von Abgeordneten der weinbaureichsten Gebiete unter Teilnahme des Staatssekretärs Born v. Wulach und des Unterstaatssekretärs Höpfer stattgefunden, welche zu fordern beschloß: 1. Steuernachlaß für die Winger (zirka 314 000 Mk.); 2. ein Kredit von 500 000 Mk. für Bekämpfungsmittel; 3. ein Kredit von zwei Millionen, der zu Darlehen an die Winger unter Garantie der Gemeinden verwendet werden soll. Die Darlehen sollen im 1. Jahre zinsfrei sein, vom 2. Jahre ab mit 2 Prozent, im 3. mit 3 Prozent und vom 4. Jahre ab mit 4 Prozent verzinst werden.

Recht heiter ist nun, daß beim Steuernachlaß dem sozialdemokratischen Einwand gegen den Nachlaß bei reichen Wingern doch Rechnung getragen werden soll. In der offiziellen Mitteilung über die Verhandlung heißt es nämlich, daß wohl die Bestimmung zu treffen wäre, „daß Leute, die aus anderen Quellen Einnahmen in einer bestimmten Höhe beziehen (5000 Mk.), vom Steuernachlaß ausgeschlossen sind“. Diese Maximalgrenze von 5000 Mk. ist nun ausdrücklich genannt worden in einer vom Sozialdemokratischen Verein Mülhausen am 21. November 1910 in Abwehr der liberalen Verteufelungen zur Wingerfrage gefaßten Resolution, worin gefordert wird, „mit der Steuerbefreiung etwa bei einem Gesamtjahresinkommen von 5000 Mk. Halt zu machen“.

Und doch waren von dieser Forderung im November die Sozialdemokraten nach Häuber und Rörder!

Wohnungselend im Königreich Krupp.

Zum Marineetat ist eine sozialdemokratische Resolution angenommen worden, worin die Marineverwaltung unter

anderem aufgefordert wird, Lieferungen nur an solche Firmen zu vergeben, die mit ihren Arbeitern Tarifverträge abgeschlossen und die Arbeiterschutzvorschriften streng einhalten. Bei der Begründung dieser Resolution brachte Genosse Hue auch die starken Akkordabzüge bei der Firma Krupp und, zur Illustrierung des Volkswohlstandes, auch einiges über die Wohnungsverhältnisse in Essen vor. Obgleich unser Redner mit keinem Wort die Essener Stadtverwaltung angriff, vielmehr ihre Wohnungspolizei anerkannte und empfahl, auch anerkannte, daß unter dem Einfluß der Wohnungsinpektion eine sehr erhebliche Besserung hinsichtlich der Wohnungsbeschaffenheit eingetreten sei, hielt es der Essener Oberbürgermeister Herr Hille doch für angebracht, am Freitag in der Stadtverordnetenversammlung vor Eintritt in die Tagesordnung eine lange Erklärung gegen Hue vorlesen zu lassen. Sie gipfelt in der Behauptung, „Hue habe in seiner Rede „ein Fernbild von den Wohnungsverhältnissen der Stadt Essen“ gegeben, das Günstige habe er verschwiegen, Ungünstiges tendenziös hervorgehoben. Darauf antwortet Genosse Hue in unserem Essener Parteiblatt in längeren Ausführungen. Er weist entschieden die ihn beschimpfende Erklärung der Stadtverwaltung zurück und fragt, wie sie, die gar nicht angegriffen sei, dazu komme, eine Erklärung abzugeben, die im Effekt nur auf die Verteidigung der Großindustriellen hinauslaufe. Aus dem Stenogramm der Reichstagsitzung vom 15. Februar d. J. und aus den Berichten der Essener Wohnungsinpektion weist Hue nach, daß er nicht tendenziös zugunsten der Wohnungsverhältnisse färbte, sondern eher zu wenig als zu viel behauptet habe.

Da die Arbeiterverhältnisse in Essen, wie die keiner anderen deutschen Stadt, der Gegenstand endloser Lobpreisungen sind, so ist es von allgemeinem Interesse, daß die Öffentlichkeit von dem wichtigsten Teil der Feststellungen Hues Kenntnis erhält. Hue schreibt:

„Ich sagte, 10 Proz. der untersuchten Wohnungen seien wegen Ueberfüllung beanstandet worden. Auch das soll tendenziös gefärbt sein. Nun, von den 1000 untersuchten 838 Wohnungen sind laut Amtsbericht 347 wegen Ueberfüllung einschließlich wegen Mängel bei der Schlafteuehaltung beanstandet worden. Das sind über 10 Proz.! Aus dem mir später zugegangenen Bericht pro 1910 ersehe ich, daß sich in diesem Jahre die prozentuale Zahl (pro 100) der Beanstandungen wegen Ueberfüllung beziehungsweise Ungeeignetheit von 21,5 auf 21,8 beziehungsweise 19,3 auf 22,4 Proz. erhöht hat! Ich lege aber mehr Gewicht auf folgende Feststellung: Laut den Berichten der Wohnungspolizei entfielen durchschnittlich:

	Personen auf je einen untersuchten Raum	Kostgänger auf je einen von diesen benutzten Raum
1905	1,5	1,7
1909	1,5	1,7
1910	1,6	1,8

Gäße ich den Bericht für 1910 bei meiner Reichstagsrede benutzen können, so würde ich eine Verschlechterung der Wohnungsbedichtigkeit haben konstatieren müssen! Die Stadtverwaltung aber kannte das Inspektionsergebnis pro 1910 schon, als sie die mich beschimpfende Erklärung abgab! Sie wußte, daß sich im letzten Jahre — in demselben, wo die starken Akkordabzüge bei Krupp stattfanden! — ein ungünstigeres Wohnungsgebilde als für 1909 herausgestellt hatte! Das verschwieg sie dem Stadtverordnetenkollegium, beschuldigte mich aber der „tendenziosen Färbung“! Das ist doch wirklich merkwürdig!

Ich habe gesagt, „in diesen Berichten“ (der Wohnungspolizei) sei festgestellt, daß „in einer ganzen Reihe von Fällen“ ein Bett von „zwei, drei, ja bis zu vier Personen“ benutzt würde. Auch das soll tendenziös sein. Ich bezog mich auf den Bericht pro 1903. Danach waren im Inspektionsbezirk Essen-West 16 einräumige „Wohnungen“ von je 8—7 Personen, 155 zweiräumige „Wohnungen“ von je 6—10 Personen bewohnt! (Seite 9 des Berichts.) In der Altstadt fanden sich in 92 zweiräumige Wohnungen je 6, in 50 je 7, in 83 je 8, in 12 je 9, in 2 je 10, in einer zweiräumigen „Wohnung“ 11 Menschen vor!!! (Seite 8 des Berichts.) In diesem Bericht heißt es wörtlich:

„Kommt es doch häufiger vor, daß 4, 5, ja sogar 6 Personen nur eine einzige Bettstelle haben, oder daß so wenig Betten vorhanden sind, daß Stühle oder auch der Fußboden zum Schlafen benutzt werden müssen!“

Das steht in dem von der Stadtverwaltung herausgegebenen Bericht pro 1903 zu lesen über Wohnungsverhältnisse in der „wohlhabenden“ Stadt Essen, die damals schon längst, wie heute noch, von Interessenten als der Wohnplatz einer ausnehmend wohlhabenden, von der „hochherzigen Großindustrie“ wohlversorgten Arbeiterbevölkerung gepriesen ist! Diese Nachbilder habe ich nicht annähernd vollständig vortragen können, weil ich sonst mit meinem sonstigen Material nicht fertig geworden wäre. Ich habe auch nicht aus den anderen Berichten die ergeffendsten Schilderungen des Wohnungselends vorgelesen, sondern mich darauf beschränkt, aus dem Bericht pro 1903 folgendes anzuführen:

„Wenngleich hinsichtlich der Wohnungsbedichtigkeit eine geringe Besserung eingetreten ist, so bleibt doch noch viel zu wünschen übrig. Zieht man von der Gesamtzahl der Räume die Zahl der Schlafräume und für jede Wohnung noch eine Küche ab, so verbleiben noch 1086 Räume, die reinen Wohnzwecken dienen. Es ist also nur für zirka jede dritte Wohnung ein reiner Wohnraum vorhanden. Dieses Verhältnis ist recht bescheiden, ist doch ein solcher Raum jeder Familie zu gönnen.“

Weiter heißt es:

„Achtlich muß aber auch zugegeben werden, daß es vielen Familien sehr schwer fallen würde, wenn sie eine um einen Raum größere Wohnung bewohnen sollten.“

Der Lohn ist eben nicht ausreichend zur Bezahlung einer kulturell entsprechenden Wohnung.

Weiter heißt es in dem Bericht in bezug auf das Quartiergängerwesen, im nächsten Jahre ginge die Wohnungspolizei an die königliche Polizei über, und da sollte noch resümiert werden, daß die häufigsten und schlimmsten Mißstände im Quartiergängerwesen ermittelt worden seien.

So wurde in einigen Fällen festgestellt, daß Inhaber zweiräumiger Wohnungen einen Raum zum Halten von Quartiergängern eingeräumt hatten. Auch ergab sich verschiedentlich, daß Quartiergänger nur durch Räume von Familienangehörigen zugänglich waren und zugleich von diesen mitbenutzt wurden. Das Zusammenklaffen von mehreren Quartiergängern in einem Bett und das Fehlen von Waschlöffeln mußte sofortige Maßnahmen herbeiführen. Die Benutzung von Räumen und Betten nach wechselnden Arbeitsschichten Tags oder Nachts über fortlaufend, ist ein wiederholt beobachteter Mißstand.

Und nun erhebe ich aus dem Bericht pro 1910, daß die Wohnungsdichtigkeit in den untersuchten Häusern noch höher war wie 1909! Trotzdem hat die Stadtverwaltung den Mut, mich der „tendenziösen Färbung“ zu beistimmen!

Die „Erklärung“ der Essener Stadtverwaltung ist sonach ein starkes Stück von sozialpolitischer Schönfärberei im Interesse der Großindustriellen. Demnach verdient diese Stadtverwaltung unseren Dank für ihre Erklärung. Was sie doch Gelegenheit, der Öffentlichkeit zu zeigen, wie elend im Königreich Krupp, im Lande der „Wohlfahrtsvereinigungen par excellence“, die Behausungen vieler Arbeitsschichten beschaffen sind.

Ein neues Osborne-Urteil.

London, 27. Februar. (Fig. Ver.)

Vor einigen Wochen wurde hier der Prozeß erwähnt, den der durch den „Fall Osborne“ berüchtigt gewordene Verwalter Osborne gegen die Eisenbahnergewerkschaft anstrengte und verlor. Herr Osborne suchte durch die Klage vor dem Amtsgericht seinen Ausschluß aus der Eisenbahnergewerkschaft und die Auflösung der Balthamstower Sektion, deren Sekretär er war, als rechtswidrig erklären zu lassen. Wie erinnerlich sein wird, entschied der Richter damals, daß die Klage abzuweisen sei, da erstens die Gewerkschaft nach dem „Common Law“ eine ungesetzliche Verbindung darstelle und zweitens die Klage ein ungesetzliches Vorgehen sei und mit Rücksicht auf den Absatz 4 des Gewerkschaftsgesetzes vom Jahre 1871 von keinem Gerichtshofe gehört werden könne.

Herr Osborne legte gegen diesen Entscheid Verurteilung ein. Die zweite Instanz hat nun das Urteil der ersten umgeworfen und erklärt, daß die Klage statthaft sei. Der Fall wird noch die oberste Instanz, das Haus der Lords, beschäftigen; es ist daher noch zu früh, ein endgültiges Urteil abzugeben. Wird aber der Entscheid der zweiten Instanz nicht umgestoßen, so kann man ohne Übertreibung behaupten, daß die britischen Gewerkschaften durch das zweite Osborne-Urteil einen nicht minder schweren Schlag erhalten haben als sie durch das erste Urteil erlitten. Denn dieses zweite Urteil untergräbt die gesetzlichen Grundlagen der Gewerkschaften, die durch das Gesetz des Jahres 1871 gelegt wurden; sie entzieht den Arbeiterorganisationen den Schutz ihrer eigenartigen halbgesetzlichen Stellung, den sie seit vierzig Jahren genossen.

In Anbetracht der Wichtigkeit des Falles mögen hier einige Argumente der drei Richter, die das Urteil fällten, angeführt werden. Der Oberarchivar führte aus, daß er nichts in den Statuten der Eisenbahnergewerkschaft gefunden habe, was diese Gewerkschaft nach dem „Common Law“ zu einer ungesetzlichen Verbindung stempelt, daß die Statuten also nichts enthalten, was man als eine Beschränkung des Erwerbslebens deuten könne. Nach den Statuten sei die Arbeitseinstellung im Falle eines Streiks eine freiwillige und daher gesetzlich Handlung der einzelnen Mitglieder. Es sei darin nicht ausgesprochen, daß ein Mitglied, das sich weigere, an einem Streik teilzunehmen, wegen Schädigung der Gesellschaft mittelst des Ausschlußparagraphen belangt werden könne. In bezug auf den zweiten Punkt führte der Richter aus, daß Osborne die Gewerkschaft nach dem Gesetz des Jahres 1871 zwar nicht wegen Kontraktbruchs verklagen könne. Er tue dies aber auch nicht, sondern verlange nur die Ungültigkeitserklärung seines Ausschlusses. Die Klage sei daher statthaft. Die beiden anderen Richter schlossen sich der Entscheidung ihres Kollegen an. Der Oberarchivar bemerkte, daß sich die Gewerkschaften wie ihre Mitglieder in derselben Lage befänden wie andere Gesellschaften, nur daß sie die Erfüllung gewisser vom Gesetz ausdrücklich benannter Kontrakte (hauptsächlich das Unterhaltungsarbeiten betreffend) nicht erzwingen könnten. Der Oberarchivar äußerte auch die Ansicht, daß die Eisenbahnergewerkschaft nach dem „Common Law“ keine ungesetzliche Verbindung sei, fügte aber hinzu, daß die Klage Osbornes statthaft sei ungeachtet der Gesetzlichkeit oder Ungesetzlichkeit der Gewerkschaft. Das Urteil ist ein neuer Versuch, der englischen Gewerkschaftsbewegung auf „gesetzlichem“ Wege den Garau zu machen oder doch so zu lähmen, daß sie zu einer halbgesetzlichen Unterstüßungsbewegung herabsinkt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. März 1911.

Militärarbeiter.

Aus dem Reichstage, 1. März. Den Hauptteil der heutigen Sitzung nahmen Fragen in Anspruch, die die Stellung der Militärarbeiter betreffen. Genosse Mibrecht brachte die Erörterung in Fluß durch eine gründliche Kritik der Verhältnisse in den Bekleidungsämtern. Er bemängelte die übermäßige und kostspielige Verwendung höherer Offiziere und Beamten. Es kämen da auf etwa fünf Arbeiter ein Offizier oder Aufseher. Da könne wesentlich gespart werden. Anzuerkennen sei, daß die Einrichtungen in diesen großen Betrieben gut seien. Deshalb sei Front zu machen gegen die Forderungen auf eine Übertragung von Arbeiten für das Heer an Kleinmeister, die ihre Aufträge wieder an schlecht bezahlte Heimarbeiter vergeben. Mit einer Zentrumsresolution, die das bezwecke, solle einer Handwerkerfängererei bei den Wahlen getrieben werden. Es müsse aber auch verlangt werden, daß die Militärhandwerker den Zivilhandwerkern keine unläutere Konkurrenz durch Nebenarbeiten machen und daß die Vergebung von Arbeiten an Strafanstalten aufhöre. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien ließen sich natürlich nicht abhalten, Handwerkerfängererei zu treiben, worauf ihnen Genosse Böhle

entgegentrat. Bei der Abstimmung wurde die Zentrumsresolution gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Herrn v. Jagow's Abschied?

Die „Frankf. Ztg.“ veröffentlicht unter der Überschrift „Eine Angelegenheit des Herrn v. Jagow“ folgende Berliner Meldung:

„Zwischen dem Berliner Polizeipräsidenten Herrn v. Jagow und dem Verleger der Zeitschrift „Pan“, Herrn Paul Cassirer, schwelt eine Affäre, die nun, da sie bekannt geworden ist, noch Anlaß zu lebhaften Diskussionen geben wird. Herr v. Jagow hat an Frau Lilla Durieux, die Gattin Cassirers, einen Brief gerichtet, der von ihrem Mann als Versuch einer außergerichtlichen Annäherung aufgefaßt wurde. Herr v. Jagow gab allerdings Erklärungen, die diese Deutung als grundlos bezeichneten.“

Wie es heißt, besteht die „außergerichtliche Annäherung“ in einem Brief, den der Berliner Polizeipräsident nach der Generalprobe des Stückes „Der Riese“ im Deutschen Theater an die genannte Schauspielerin Frau Durieux gerichtet hat.

In dem Brief erklärte Herr v. Jagow unter Hinweis auf seine Stellung als Vorgesetzter des Theaterensembles, daß er das Bedürfnis fände, mit Schauspielerkreisen Fühlung zu nehmen. Er fragte deshalb an, ob es Frau Durieux passe, wenn er sie am nächsten Tage nachmittags besuche. Die Adresse des Antwortbriefes bitte er mit dem Vermerk „Eigentlich“ zu versehen.

Frau Durieux fühlte sich tief verletzt und zeigte den Brief ihrem Gatten, der von Herrn v. Jagow Aufklärung verlangte. Wie verlautet — wenigstens berichtet das „Berl. Lokal-Anzeiger“, das Beiblatt des Polizeipräsidenten — soll Herr Cassirer sich durch Herrn v. Jagow's Erklärungen für befriedigt erklärt haben; Mitarbeiter des von Herrn Cassirer verlegten „Pan“ glaubten jedoch die Sache an die Öffentlichkeit bringen zu müssen.

Die „Berl. Volksz.“ fügt diesen Meldungen bereits die Ankündigung eines Nachritts des Herrn v. Jagow hinzu. Sie schreibt: Kurz vor Schluß des Blattes geht uns die Nachricht zu, daß Polizeipräsident v. Jagow mit Rücksicht auf die Briefaffäre, in deren Mittelpunkt er steht, eine Disziplinaruntersuchung gegen sich selbst beantragt habe und entlassen sei, unter allen Umständen von seinem Posten zurückzutreten.

Diese Meldung geht uns, wie gesagt, zu so vorgerückter Stunde zu, daß wir nicht mehr die Möglichkeit hatten, sie auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Wir geben sie deshalb unter allem Vorbehalt wieder.

Es ist doch ein merkwürdiges Land dieses Preußen! Alle seltsamen Erlasse und Aussprüche des Herrn v. Jagow, seine Diskreditierung der Berliner Polizei im Auslande, seine Bloßstellung der preussischen Regierung: alle diese Sünden haben ihm nicht das Genid gebrochen, sondern ihm sogar einen Orden eingetragen — und nun stolpert er über eine ganz nebensächliche Privatangelegenheit, eine Papalle, die für das öffentliche Leben eine recht untergeordnete Bedeutung hat. Wir sind stets Gegner des Herrn v. Jagow gewesen und vertreten die Ansicht, daß er längst hätte gegangen werden müssen; aber über diesen farnischen Abtritt von der politischen Bühne könnten wir ihm fast unser Beileid aussprechen.

Der Zweckverband für Groß-Berlin.

Die Kommission zur Vorbereitung des Entwurfs eines Zweckverbandsgesetzes für Groß-Berlin hat am Mittwoch ihre Beratungen begonnen. Die Debatte drehte sich zunächst um die Frage der Ausdehnung des Verbandsgebietes. Nach der Regierungsvorlage soll der Verband außer Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Niddorf, Wilmersdorf, Lichterberg und Spandau die beiden Landkreise Teltow und Niederbarnim umfassen. Gemeinden dieser Kreise, die über 60 000 Einwohner haben, sollen als selbständige Glieder des Verbandes zugelassen werden können. Hierfür käme vorläufig nur Steglitz in Betracht, die andern Gemeinden dagegen wären keine selbständigen Glieder, sondern würden ihre Vertretung in der Verbandversammlung durch die Delegierten der Kreise finden.

Im Gegensatz hierzu beantragte das sozialdemokratische Mitglied der Kommission, daß der Verband sich auf die drei Kreise Teltow, Niederbarnim und Haveland bis zu einer Entfernung von 25 Kilometern im Umkreise von Berlin erstrecken und daß ihm als selbständige Glieder alle Gemeinden über 25 000 Einwohnern angehörien sollen. Es sind das außer den genannten Stadtkreisen noch die Stadt Köpenick und die Landgemeinden Friedenau, Groß-Lichterfelde, Steglitz, Boxhagen-Nummelsburg, Pantow, Reinickendorf und Belsenhof. Die Annahme dieses Antrages würde eine erhebliche Abschwächung des landrätlichen Einflusses zur Folge haben. Um der Entwicklung der Zukunft Rechnung zu tragen, sieht der Antrag die Einbeziehung weiterer Teile der drei Landkreise vor.

Ein nationalliberaler Antrag blieb weit hinter der Regierungsvorlage zurück, er begnügte sich im wesentlichen mit der Einbeziehung derjenigen Gemeinden, die heute das statistische Groß-Berlin bilden. Außerdem lag noch ein freisinniger Antrag vor, der die Einsetzung einer Subkommission mit dem Auftrage verlangte, aus den Kreisen Teltow, Niederbarnim und Haveland diejenigen Gemeinden auszuwählen, welche der wirtschaftlichen Einheit Groß-Berlin angehören und daher dem Zweckverband anzugliedern sind. Ein freikonservativer Antrag endlich forderte, daß Spandau nicht in den Zweckverband hineinkommen solle.

Nach längerer Debatte, in der die Redner aller Parteien sich mit dem Grundgedanken des Entwurfs einverstanden erklärten, aber im einzelnen zahlreiche Bedenken vorbrachten, beschloß die Kommission mit geringer Mehrheit die Einsetzung einer Subkommission zur Prüfung der Frage, ob eine Einbeziehung der Gesamt-Landkreise in den Zweckverband Groß-Berlin notwendig oder die Einbeziehung von nur Teilen derselben zu befürworten sei.

In der Nachmittagsitzung wurde die Frage der Zuständigkeit des Verbandes erörtert. Während nach der Regierungsvorlage dem Zweckverband nur zugewiesen sind die Regelung des Verhältnisses zu öffentlichen, auf Schienen betriebenen Transportanstalten, die Beteiligung an der Feststellung der Bauplanpläne und gütliche Mitwirkung an dem Erlaß von Bauordnungen sowie die Erhaltung und Erhaltung größerer, von der Bekanung frei zu haltender Flächen, will ihn ein sozialdemokratischer Antrag auf die Regelung des Volksschulwesens und des Steuerwesens übertragen. Beide Vorschläge begegneten lebhaften Bedenken sowohl bei der Regierung als bei den Mehrheitsparteien. Von einer gemeinsamen Regelung des Steuerwesens will niemand etwas wissen, für die Regelung des Volksschulwesens erhoben sich vereinzelt Stimmen, doch glaubte man im allgemeinen, sich mit einer Regelung des Ausgleichs der Volksschulplätze begnügen und diese Frage bei der bevorstehenden Änderung des § 83 des Kommunalabgabengesetzes lösen zu sollen. Von konservativer Seite wurde hierbei angeregt, zugleich mit dem

Zweckverbandsgesetz den § 83 des Kommunalabgabengesetzes so zu ändern, daß er den Groß-Berliner Verhältnissen gerecht wird.

Zur Abstimmung kam es noch nicht. Die Debatte wurde auf Freitag früh vertagt.

Der Wahlausfall in Allenstein-Rössel.

Nach der amtlichen Feststellung des Wahlergebnisses in Allenstein-Rössel hat das Zentrum dort noch schlechter abgeschnitten, als es nach dem am Montagabend vom Wollschiffen Bureau gemeldeten Stimmengängen schien. Der Kandidat des Zentrums, Rittergutsbesitzer Orlowski-Kugborn, hat nämlich nicht, wie gemeldet, 10 793 Stimmen erhalten, sondern nur 10 604, während auf seinen Gegner, den polnischen Kandidaten Fartter Barzenowski, 7519 St. und auf den Genossen Hanse-Königsberg 849 Stimmen entfielen. Demnach hat unsere Partei im Vergleich zu der letzten allgemeinen Reichstagswahl im Jahre 1907 273 Stimmen gewonnen, und ebenso gewonnen die Polen 2139 Stimmen, während das Zentrum 2440 Stimmen verloren hat, obgleich der Zentrums-kandidat von den Konservativen energisch unterstützt wurde und die für ihren schwarzen Woadgeführten eine energische Agitation betrieben.

Die Feuerbestattung in Preußen.

Am Mittwoch ist dem preussischen Abgeordnetenhause der Gesetzentwurf über die Feuerbestattung zugegangen, der 10 Paragraphen umfaßt. Die wichtigsten Bestimmungen sind folgende:

Die Feuerbestattung darf nur in landespolizeilich genehmigten Anlagen erfolgen. Die Genehmigung wird Gemeinden, Gemeindeverbänden und auch anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts erteilt, wenn die Zustimmung der für die Körperschaft zuständigen Aufsichtsbehörde vorliegt. Die Benutzung der Anlage darf nur nach einer von der staatlichen Aufsichtsbehörde genehmigten Verbrauchsanordnung erfolgen, die einen Gebührentarif für die Benutzung der Einrichtungen enthalten muß. Die Verbrennung darf nur stattfinden, wenn folgende Dokumente beigebracht sind: die amtliche Sterbeurkunde, die amtärztliche Bescheinigung über die Todesursache, der Nachweis, daß der Verstorbene die Feuerbestattung seiner Leiche angeordnet hat und die Bescheinigung der Ortspolizeibehörde des Sterbeortes, daß keine Bedenken gegen die Feuerbestattung bestehen, daß besonders ein Verdacht, der Tod sei durch eine strafbare Handlung herbeigeführt worden, nicht vorliegt. Vor der Bescheinigungserteilung ist die Leichenöffnung vorzunehmen, wenn einer der beteiligten Ärzte sie zur Feststellung der Todesursache für erforderlich hält. Die Anordnung der Feuerbestattung ist nur wirksam, wenn der Verstorbene sie nach vollendetem 16. Lebensjahre getroffen hatte. Mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft wird bestraft, wer ohne Beachtung der Vorschriften eine Leichenverbrennung vornimmt, oder wer die Aschenreste nicht in der Urnenhalle oder in einer anderen behördlich genehmigten Bestattungsanlage beisetzt.

In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß die strafrechtlichen Bedenken gegen die Feuerbestattung nach dem heutigen Stande der medizinischen oder chemischen Wissenschaft keine ausfallgebende Bedeutung mehr beanspruchen könnten. Ferner wird erklärt, die religiösen und kirchlichen Interessen würden bei Zulassung der fakultativen Feuerbestattung nicht in dem Maße berührt, daß ihnen nicht durch entsprechende Ausgestaltung der gesetzlichen Bestimmungen im wesentlichen Rechnung getragen werden könnte.

Rempten-Zinnenstadt.

Amlichen Wahlergebnis: Bei der am 25. Februar erfolgten Reichstagswahl im Wahlkreise Zinnenstadt sind insgesamt 20 263 Stimmen abgegeben worden. Davon erzielten Kandidat Rempten-Zinnenstadt (Z.) 11 806, Rechtsanwalt Dr. Thoma-Kugburg (lib.) 10 888 und Richtermeister Goelzer-Rempten (Soz.) 8908 Stimmen. Zerplittert 3 Stimmen. Es ist somit Stichwahl zwischen Rempten und Dr. Thoma erforderlich.

Die gefährlichen polnischen Apotheker.

Wie die preussische Regierung mit aller Gewalt die Ausbreitung des Polentums zu verhindern und wie sie Polen aus mehr oder weniger einflussreichen Stellungen fernzuhalten sucht, zeigt auch folgender Umstand.

Zur endlichen Sicherung der gewerblichen Verhältnisse ist die baldige Verabschiedung eines Reichsapothekengesetzes dringendes Bedürfnis. An dem Entwurf desselben ist auch seit Jahren im Ministerium des Innern gearbeitet worden. Der Entwurf ist in diesem Winter fertig gestellt, aber seine Verabschiedung scheitert an der Polenfrage. In dem Entwurf ist, dem allgemeinen Wunsche der Apotheker entsprechend, das Prinzip der Anciennität bei der Vergebung neuer Apothekenkonzessionen streng durchgeführt. Allein das paßt, wie die „Vossische Zeitung“ meldet, der preussischen Regierung nicht. Sie will nicht zugeben, daß sie genötigt ist, dieses Prinzip streng innezuhalten, sie will die Berechtigung nicht aus der Hand geben, an dieses Prinzip nicht streng gebunden zu sein, um die Errichtung von weiteren polnischen Apotheken und damit die Möglichkeit etwanger großpolnischer Agitation seitens derselben dadurch zu verhindern zu können. Sie beansprucht also das Recht, polnischen Apothekern, auch wenn sie im übrigen alle dazu nötige Qualifikation besitzen, die Apothekenkonzession verweigern zu können, wenn sie es für nötig erachtet. So wird der Staat gerettet, freilich bleiben dabei manche schwer empfundene gewerbliche Mißstände weiter bestehen.

Geht Kraetke?

Dem Staatssekretär des Reichspostamts Kraetke wird wieder einmal nachgeredet, er wolle in den nächsten Wochen aus seinem Amte scheiden. Sein Nachfolger solle der preussische Handelsminister Sydow werden. — Vermutlich handelt es sich wieder einmal um eine haltlose Kombination. Kraetkes Amtsnachfolge ist schon zu oft verhandelt worden, als daß man diesmal ohne weiteres daran glauben könnte. Daß Sydow als der kommende Postgewaltige bezeichnet wird, hängt offenbar damit zusammen, daß er früherer Unterstaatssekretär im Reichspostamt gewesen ist. Das System Sydow würde natürlich kein anderes sein, als es das System Kraetke bis jetzt war. Derselbe Jaden, nicht einmal eine andere Nummer.

Die „Zwangslage“ der Reserveoffiziersaspiranten.

Die Militärbehörden wachen belustigt mit Argusaugen darüber, daß außer den aktiven höheren Militärs auch die Reserveoffiziere und Reserveoffiziersaspiranten ihre Ehre nicht ungeraden anstehen lassen. Der „Ehrenkodex“ erfordert in solchen Dingen, daß der satisfaktionsfähige Weiteiber mit der Waffe in der Hand zur Rechenschaft gezogen werde. In diese Situation wurde auch der Ingenieur und Reserveoffiziersaspirant Rehring gedrängt, der eines Tages vom Hamburger Bezirkskommando aufgefördert wurde, zunächst einen Ehrenhandel zum Austrag zu bringen, bevor er zur Offizierswahl gestellt werden könnte. Der Ingenieur Gohn (nicht zu verwechseln mit dem Annoncenqualifizierten Gohn, der vor kurzem von einem Oberleutnant des Regiments „Hamburg“ vor die Pistole geordert wurde) hatte nämlich in einem Schreiben an die Militärbehörde behauptet, er habe Rehring einen „Schlofen Demuzianten“ genannt, ohne daß er die nötigen Schritte eingeleitet hätte. Nun leitete Rehring die „nötigen

Schritte" ein, indem er Cohn auf krumme Säbel bis zur Kampf- unfähigkeit forderete. Cohn lehnte es aber ab, sich mit R. zu schlagen, worauf dieser ihn wegen Verleumdung verurteilte und auch die Verurteilung seines Verleüders zu 600 M. Geldstrafe ergab. Nehting und sein Stellvertreter, der Ingenieur Seid, standen am Freitag vor der Strafkammer III des Landgerichts Hamburg, angeklagt wegen Herausforderung zum Zweikampfe bezw. Kartell- tragens. R. erklärte, von der Verleumdung des Cohn nichts gehört zu haben, er sei durch dessen Verhalten in die Zwangslage ge- kommen, ihn wegen Verleumdung fordern zu müssen, falls er seine Respektvollkeitskategorie sich nicht verschlagen wollte. Staatsanwalt und Gericht erkennen diese Zwangslage an und unter einer Cohn keineswegs schmeihselhaften Begründung wurden beide Angeklagte zu dem Strafminimum von je einem Tage Festungshaft verurteilt.

Kasernenbilder.

In Göttingen hat sich ein Rekrut durch einen Schuß eine Hand geschnitten. Da er wegen Urteilsüberschreitung fünf Tage Mittel- arrest erhalten hatte, schloß man auf einen Selbstmordversuch. Jetzt stellt sich heraus, daß der Rekrut nicht nur von einem Vorgesetzten und zwei „alten Leuten“ schwer mißhandelt worden ist, sondern daß man ihm auch aus Rache heimlich eine Schlagpatrone in das Gewehr geladen hatte, weil den Mannschaften am letzten Sonntag wegen Urteilsüberschreitung der Urlaub verweigert worden war. Beim Kamieren mit dem Gewehr ging der Schuß los, der dem Unglück- lichen voraussichtlich die eine Hand kosten wird.

Die Ministerkrise in Frankreich.

Paris, 28. Februar. Monis hat sich entschlossen, neben der Präsidentschaft das Ministerium des Innern zu übernehmen. Er konferierte mit Deltour, der den Posten des Kriegsministers annahm, und mit Delcassé, der das Marineministerium übernimmt. Das Portefeuille des Aeußern wird Monis Ribot oder Poincaré anbieten. Poincaré wird heute nachmittag endgültig Bescheid geben, ob er das Portefeuille des Auswärtigen annimmt. Monis setzt seine Verhandlungen fort.

Deltour sagte zu einem Berichterstatter, daß das neue Kabinett so ziemlich fertig sei und sich zweifellos Montag der Kammer vorstellen werde.

In der „Humanité“ bezeichnet Jaurès die Art des Rücktritts des bisherigen Generalgouverneurs von Algerien Jonnart als skandalös; Jonnart habe nicht das Recht gehabt, in solcher Weise gegen das Kammervotum zu demonstrieren.

Das Regierungsprogramm.

Paris, 1. März. Als Ergebnis der Besprechungen zwischen Monis und den Persönlichkeiten, die in das neue Kabinett eintreten sollen, läßt sich bezeichnen, daß die neue Regierung die Politik der Weltlichkeit der Schule fortsetzen wird, jedoch unter strenger Vermeidung jeder Art von Verfolgung. Sie wird unter Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit für die soziale Verbesserung zu wirken suchen, die Listenwahl mit dem Proporzsystem vorschlagen, bei den Eisenbahn- gesellschaften für die Wiederanstellung der entlassenen Beamten sich verwenden, dagegen an dem Gefegentwurf über die Unter- drückung der Sabotage festhalten. Jedes sollen die Bestimmungen des Entwurfs, die den Eisenbahnangestellten das Recht des Ausstandes nehmen, gestrichen werden. Außerdem wird die Regierung die Einführung der Einkommensteuer weiter betreiben.

Der Minister des Auswärtigen.

Paris, 1. März. Nachdem Poincaré und De Selves ab- gelehnt hatten, hat Cruppi das Ministerium des Aeußern über- nommen.

Spanien.

Vor der Entscheidung.

Rom, 1. März. Der Papst hat dem Kardinal Ruffini beauftragt, dem König von Spanien einen Brief zuzustellen, worin der Papst Beschwerde über das Verhalten der Regierung gegen die Kirche und die Orden erhebt. In Madrid erwartet man für heute die endgültige Antwort des Vatikans und seine Vor- schläge. Die liberale Presse glaubt, daß der Vatikan weiterhin sich unbeeindruckt zeigen wird und daß mithin ein Bruch zwischen dem Vatikan und Spanien unvermeidlich ist. Andererseits gehen mit Nachdruck Gerüchte um über eine spanische Minister- krisis!

England.

Der Militarismus der Liste.

London, 28. Februar. Ein Armeebefehl ordnet die Bildung eines Luftschiffbataillons mit einer Friedensstärke von 190 Mann an.

Die Polizei und die Frauenrechtlerinnen.

London, 1. März. (Unterhaus.) Auf eine Anfrage bezüglich der Denkschrift der Frauenrechtlerinnen vom 22. Februar über Verhandlungen der Polizei erwiderte der Minister des Innern, Winston Churchill: Die Behauptung, daß die Polizei Anweisungen erhalten habe, die sie dazu geführt hätten, Frauen zu mißhandeln, sei völlig un- wahr. Die Polizei habe im Gegenteil die Weisung erhalten, mit Zurückhaltung zu ver- fahren und trotz jeder Herausforderung die Geduld zu be- wahren. Es sei möglich, daß einige unerwünschte Persönlichkeiten in dem Gedränge sich der behaupteten Unziemlichkeiten schuldig gemacht hätten, aber die Frauen seien für die Unwesenheit solcher Persönlichkeiten selber verantwortlich, denn die Menge habe sich auf die Einladungen hin versammelt, die von dem Komitee der Frauenrechtlerinnen erlassen worden seien. Keine der verhafteten Frauen habe sich über eine Verletzung oder ungebührliche Gewalt- tätigkeit beklagt.

Rußland.

Judenhete.

Petersburg, 1. März. Der Kongreß der Vertreter des russischen Adels hat eine Resolution angenommen, in der der bedin- gungslose Ausschluß der Juden, selbst wenn sie die Konfession gewechselt haben, von allen Staatsämtern, von der gesetzgeberischen Tätigkeit, sowie von dem Militärdienst gefordert wird. Der Antrag, die Juden als Ausländer anzusehen, wurde abgelehnt.

Für den Krieg zur Luft.

Petersburg, 1. März. Die Reichsduma nahm ohne Debatte den Bericht der Landesverteidigungskommission über die Bewilligung von 20 870 Rubel für 1912 und 1913 zur Verstärkung der Luftschiffabteilung und der Obergenerverwaltung, sowie für das Komitee zur Bearbeitung von Luftschiffahrtfragen an und genehmigte den Bericht der Kommission über einen dem Kriegsministerium zur Veranstaltung von Aeroplanweil- flügen für 1911 zu gewährenden Kredit von 25 000 Rubel.

Amerika.

Kanada und die Vereinigten Staaten.

Washington, 1. März. Die Absichten, daß der Gogenständig- keitsvertrag mit Kanada noch in dieser Woche im Senat zur Be- ratung gelangt, sind sehr gering geworden.

Flüchtige Wahlen.

Chicago, 28. Februar. Bei den Wahlen für das Bürger- meisteramt kam es zu ersten Kuchstürzungen. Ein Mann, der auf den Anwalt des Sheriffs geseuert und ihn am Wein ver- leht hatte, wurde von dem Anwalt erschossen; mehrere andere Personen wurden verwundet.

Parlamentarisches.

Die Entrechtung der Arbeiter in der Krankenversicherung.

Auch am Mittwoch konnte die Generaldebatte über die Kom- promißanträge zur Entrechtung der Arbeiter nicht zu Ende geführt werden. Die Kompromißparteien redeten immer über angebliche Mißbräuche in den Ortskrankenkassen. Dagegen wiesen unsere Ge- nossen Hoch, Kollmann und Schmidt in der Kommission darauf hin, daß sich der Kampf gar nicht um die Bestimmungen gegen die Mißbräuche dreht; auch die Sozialdemokraten sind mit Maßnahmen gegen tatsächlich vorhandene Mißbräuche ganz einver- standen. Das, was sie bekämpfen, ist die Entrechtung der Arbeiter dadurch, daß dem Kassenvorstande das Recht genommen wird, durch einfache Mehrheit die Kassenbeamten zu wählen, und ferner die Ausnahmebestimmung, daß die Wahl eines Sozialdemokraten als Beamten nicht befähigt werden soll. Für diese Maßnahme ist kein einziger wirklich berechtigter Grund an- geführt worden.

Abg. Trimborn (S.) erklärte denn auch, für ihn komme vor allem in Betracht, daß nicht mehr im Vorstande der Krankenkassen die Arbeitgebervertreter einflußlos seien. Den völligen Aus- schluß der Arbeiter von der Leitung der Versicherungsge- schäften hält Herr Trimborn aber für ganz berechtigt.

Abg. Dr. Mugdan erklärte, daß seine Freunde und er auch für die Entrechtung der Arbeiter stimmen werden. Dagegen wollte ihm die Bestimmung nicht einleuchten, daß die Wahl der Personen nicht befähigt werden soll, die die Aufsichtsbehörde für nicht genügend unparteiisch erklärt.

Abg. Lehmann, der Schüler Stöckers, besaß sich selbst- verständlich, seine Freude darüber auszudrücken, daß er an der Ent- rechtung der Arbeiter mitarbeiten könne.

Graf v. Westery legte dar, daß nach den Kompromißanträgen die Kassenbeamten auch in Zukunft ihre sozialdemokratische Ueber- zeugung bekunden dürften — aber mit der Zurückhaltung und Objektivität, die — nach der Ansicht der Aufsichtsbehörde — ihnen ihre Stellung in einer öffentlich rechtlichen Körperschaft zur Pflicht mache.

Nächste Sitzung Donnerstag.

Aus der Budgetkommission des Reichstages.

Bei der Weiterberatung des Etats der Reichspost gab es beim Kapitel 85, Titel 2, eine lange und lebhafteste Debatte. Gefordert werden in diesem Titel: 84 877 Oberpost-Assistenten, Ober-Telegraphen-Assistenten, Assistenten, Telegraphen-Mechaniker usw. Die Assistentenstellen sollen um 800 vermehrt werden, was eine starke Erhöhung der Besoldungsaufwendung bedeutet. Es liegen Petitionen der Assistenten vor, die frühzeitige etatsmäßige Anstellung und schnelleres Advancement fordern. Der Debatte liegt auch eine von allen Fraktionen unterzeichnete Resolution zu- grunde, die folgenden Wortlaut hat: „Die Kommission wolle be- schließen, den Herrn Reichsminister zu ersuchen, zu veranlassen: 1. daß von der Einberufung von Anwärtern für den mittleren und höheren Postdienst bis auf weiteres Abstand genommen und das Bedürfnis für die Vermehrung von Beamtenstellen durch die Anstellung von Unterbeamten und gehobenen Unterbeamten be- friedigt wird; 2. daß demnächst dem Reichstage eine Denkschrift über die anderweitige Organisation der Beamten der Reichspostver- waltung unter konsequenter Festhaltung des Grundsatzes vorge- legt wird, daß Arbeiten, für die eine geringe Qualifikation aus- reichend ist, Beamten mit niedrigerem Rang und Gehalt übertragen werden, unter voller Schonung der Interessen der vorhandenen Beamten.“

Der fortschrittliche Abg. Eichhoff erklärt u. a. Deutsch- land habe als Militäranstalt die Verpflichtung, die Militäran- wärter unterzubringen. Dazu werde sich auch bei der Neuein- richtung von Versicherungsämtern günstige Gelegenheit bieten. Abg. Erzberger wendet sich lebhaft gegen die vielen Petitionen gerade der Postassistenten, die das Blaue vom Himmel herunter- petitionieren, aber nicht in dienstlichen, sondern in persönlichen Interessen. Staatssekretär Kraetke weist auf die lange an- dauernde Bewegung hin, mit billigeren Kräften im Postdienst zu arbeiten. Bis zu einer gewissen Grenze unterstütze er auch diese Bewegung. Wenn aber jetzt eine Katastrophe mit den Beamten- petitionen entstanden sei, so trage der Reichstag selbst die Schuld. Abg. Koste gibt zu, daß der Staatssekretär mit seinen Vorwürfen zum Teil recht habe. Damit soll nicht bestritten werden, daß viele Wünsche der Beamten ihre Berechtigung haben. Das Streben nach sozialem Aufstieg sei nicht nur verständlich, sondern auch be- rechtigt. Die Sozialdemokratie werde sich nach wie vor bemühen, den berechtigten Wünschen der Beamten Rechnung zu tragen, aber dabei auch die Interessen der Steuerzahler nicht vernachlässigen. Nach weiterer Debatte werden die angeführten 800 neuen Assistentenstellen durch Nationalliberale, Volkspartei- ler, Konservative und Reichsparteiler bewilligt, die Petitionen der Assistenten für erledigt erklärt und einstimmig die oben mitgeteilte Resolution angenommen.

Sodann wurde die nachstehende Resolution von Heideberg und Eichhoff debattiert, die offenbar nur agitatorischen Zwecken dienen soll:

„Der Reichstag wolle die Verbündeten Regierungen ersuchen, bis zur dritten Sitzung des Reichstages ihre Einverständnis dahin zu erklären, daß den Ober-Post- und Telegraphen-Assi- stenten sowie den Vorstehern der Postämter III, soweit dieselben vor dem 1. Januar 1900 in den Dienst der Reichs-Post- und Tele- graphen-Verwaltung eingetreten sind, eine persönliche pensions- fähige Zulage von 100 M. nach 15 Jahren gewährt werde, welche sich nach 18 Jahren auf 200 M. und nach 21 Jahren auf 300 M. erhöht.“

Staatssekretär Kraetke hat um Ablehnung der Resolution. Ihre Durchführung würde den Etat für 1911 um 25 Millionen belasten; bis 1922 würde sich die Belastung auf 65 Millionen heben. Staatssekretär Bermuth warnte gleichfalls vor der An- nahme, die Regierung könne unter keinen Umständen zustimmen, zumal die Resolution auch die neu geschaffene Besoldungsordnung nieder über den Haufen werfen würde. Die Beratung wird am Donnerstag fortgesetzt werden.

Aus der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses.

Am Mittwoch abend unternahm das Zentrum in der Kom- mission einen Vorstoß zur Alexikalifizierung der Schule. Zunächst wurde ein Zentrumsantrag, daß durch Vermehrung der Lehrstunden in der Volksschule die idealen Fächer, besonders Reli- gion und Deutsch, nicht gekürzt werden sollen, mit 15 gegen 6 Stimmen angenommen. Ferner beantragte das Zentrum, auch bei vermehrter Einführung von Rektoren in Volksschulen den Ein- fluß der Kirche auf die Schule sicher zu stellen. Die Kon- servativen schwächten diesen Antrag dahin ab, daß die Regierung in Erwägungen darüber eintreten soll, wie der Einfluß der Kirche auf die Schule sicherzustellen sei. In dieser Form wurde der Antrag auch angenommen. Aufsehen machte die Mitteilung eines fortschrittlichen Abgeordneten über den Fall des Lehrers Chabon in Magdeburg. Der Lehrer hat der Regierung mitge- teilt, daß ihm seine innere Ueberzeugung die weitere Ertei- lung von Religionsunterricht verbiete, und daß er aus der Landeskirche austreten werde. Auf diese Mit- teilung erfolgte seine Entlassung. Der Minister erklärte, die Entlassung sei nicht unmittelbar, sondern nach vorhergehender „Beratung“ erfolgt. Das Zentrum stimmte gegen die Ent- rechtung.

laug von Hauptamtlichen Kreischausinspektoren in einer großen Anzahl von Städten mit der Begründung, daß dadurch katholische nebenamtliche Kreischausinspektoren befreit würden. Doch wurden diese Stellen bewilligt. Endlich stellte das Zentrum einen Antrag auf Verneuerung der Hilfskassen für schwach beanlagte Kinder der Volksschule, und in dem gleichen Antrag wird die Regierung aufge- fordert, darüber zu wachen, daß der konfessionelle Charakter dieser Schulen gewahrt werde. — Der erste Teil des Antrages wurde einstimmig, der zweite mit 14 gegen 7 Stimmen angenommen.

Aus der Partei.

Ein Jubiläum.

Am heutigen Tage sind 26 Jahre verflossen, daß Genosse Fr. Geyer zum erstenmal in den Reichstag gewählt. In einer Nach- wahl eroberte er am 2. März 1890 den 10. sächsischen Wahlkreis (Stollberg-Schneeberg). Bei den Septennatwahlen ging der Kreis allerdings — wie damals alle Mandate in Sachsen — wieder verloren. Aber bei den Wahlen von 1890 sandte der 18. sächsische Wahlkreis (Leipzig-Land) den Genossen Geyer aufs neue ins Reichsparlament, dem er seitdem ununter- brochen angehört. Der Wahlkreis Leipzig-Land ist seit 1890 eines der festesten Bollwerke der Sozialdemokratie, mit stetig wachsender Stimmzahl ist das Mandat von der Sozialdemokratie behauptet worden. Genosse Geyer, der demnächst seinen 68. Geburtstag feiert, hat in der langen Zeit seiner parlamentarischen Wirksamkeit dem Proletariat wertvolle Dienste geleistet, mit scharfer Rede und beweglichem sächsischen Witz hat er manchen guten Stieb wider die Gegner geführt. Die deutsche Sozialdemokratie beglückwünscht ihn zu seinem Ehrentage.

Aus der italienischen Partei.

Rom, 28. Februar. (Fig. Ver.) In seiner letzten Plenarsitzung hat der italienische Parteivorstand einstimmig beschlossen, Rom als Ort der Zusammenkunft der Italienischen und der österreichisch-ungarischen Genossen, die auf der Triester Voreinigung auf den 9. April d. J. angesetzt wurde, zu bestimmen. Eingeleitet werden soll die Zusammenkunft, die ein- ständige der Massenolidarität des italienischen und des öster- reichisch-ungarischen Proletariats darstellt, durch eine große Volks- versammlung auf dem Campi del Fiori vor dem Denkmal Giordano Brunos.

Des weiteren hat der Parteivorstand in Gemäßheit eines Votums des Mailänder Parteitages beschlossen, am 13., 14. und 15. Mai in Modena einen Parteikongreß mit beschränkter Vertretung einzuberufen. Auf diesem Kongreß sollen die folgenden Fragen behandelt werden, die in Mailand nicht erledigt werden konnten: 1. Klassenkampf und Konflikte von Arbeitergruppen (Referenten: Pietro Chiesa und U. Schiavi). 2. Genossen- schaftswesen und Sozialismus (Referenten: Baldini und Berg- uanini). 3. Weibliches Proletariat und sozialistische Partei (Referentin: Anna Kuliscioff). 4. Wählerreform (Referenten: Turati und Riccolini). Zu den Kongressen kann jede Provinz einen Delegierten entsenden; soweit die Zahl der Organisierten einer Provinz 500 übersteigt, steht ihr für jede weitere 500 ein weiterer Delegierter zu.

Schließlich hat der Parteivorstand es für nötig gefunden, gegen einige Neuerungen der Genossen Enrico Ferri und Gatti auf dem letzten Mantuaner Landarbeiterkongreß Stellung zu nehmen. Auf diesem Landarbeiterkongreß hatte Ferri des längeren zugunsten einer „Taktik des geringsten Kraftaufwandes“ gesprochen, die Erneuerung der demnächst ablaufenden Tarifverträge verbot und schließlich die Ansicht vertrat, daß im Grunde eine weitgehende Interessen- solidarität zwischen Landarbeiter und Grundbesitzer bestünde. Eine richtige Einsicht ihrer eigenen Interessen müßte die Grundbesitzer bestimmen, eine „ländliche Demokratie“ ins Leben zu rufen, die die größten Härten des Klassenkampfes absteife. Der Parteivorstand nahm nun eine Tagesordnung an, die die von Ferri vertretene Auf- fassung als konfus und dem Geiste der sozialistischen Taktik widersprechend verwarf. Da es sich in allem wesentlichen um Ansichten handelt, die Genosse Turati seit vielen Jahren vertritt, so darf man sich wundern, daß der Partei- vorstand erst heute auf ihren antisozialistischen Geist aufmerksam ge- worden ist!

Parteiliteratur.

Soeben erschien im Verlag der Buchhandlung Vor- wärts:

Roabit. Ein Bild polizeilicher Willkürherrschaft. 48 Seiten. Preis 20 Pf.

Die Schrift hat folgenden Inhalt:

Einleitung. — Die Roabitier Ereignisse. — Der Kohlenarbeiterstreik. — Die Haltung der Streikenden. — Die Streik- brecher. — Das Auftreten der Polizei. — Die Polizei vor den Un- ruben. — Die ersten Zusammenstöße. — Der Janhugel in der Montagnacht. — Vom 27. bis 29. September. — Die Prozeß- verhandlungen. — Der Kampf um den geschlichen Richter. — Der Untersuchungsstaatsanwalt. — Die Angeklagten. — Moment- bilder aus dem Gerichtssaal. — Aus dem polizeilichen Sprachschatz. — Postlauf gegen War. — Ein Postpigel an der Korbelt gemessen. — Die Polizeizungen und die Fesseln der Polizei. — Die Frei- willigen Jagow. — Der Kampf gegen die Willkürherrschaft.

Die Schrift gibt neben den wissenschaftlichen Momenten der Roabitier Prozesse auch eine Darstellung der polizeilichen Vorgänge und rechnet in schärfster Weise mit den Behauptungen, daß die Jagow und Jagow ab, die die Uaren Ergebnisse der Gerichtsverhandlungen zu verdunkeln und abzuschleifen versuchten. Im Schlußkapitel werden die haltlosen Einwände, die von dieser Seite gegen die Glaub- würdigkeit jener Zeugnisse erhoben werden, die die Polizei belastet haben, in ihrer ganzen Hohlheit aufgedeckt. Das Heft bietet den Genossen in knapper Zusammenfassung das Material, das sie zur Widerlegung der Lügen über die Roabitier Ereignisse brauchen und wird daher für die Agitation gute Dienste leisten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafprozesse der Presse.

Ein Beamtenbesteckungsgeheimnis beschäftigte am Dienstag zum zweiten Male das Orlitzer Schöffengericht. Angeklagt waren der Gerichtsberichterstatter und Verantwortliche unserer „Völkischer Volkszeitung“.

Im Jahr 1910 berichtete unser Parteiblatt über eine Straf- kammerverurteilung, in der sich der Fabrikbesitzer Engel-Riesch (Ober-Ost) zu verantworten hatte, weil er seinen Konkurrenten, den Konkurrenten v. Luwert, beschuldigt hatte, Eisenbahn- beamten Bestechungen zu haben. In der Verhandlung verweigerten der beschuldigte Fabrikbesitzer und der Eisenbahnbeamte Spieweg- Breslau die Aussage. Das Gericht kam darauf gegen Engel zu einem Freispruch. Dem Gerichtsberichterstatter unseres Partei- blattes unterlieh der Irrtum, Spieweg sei Mitglied der Eisenbahn- direktion, so daß die Auffassung möglich war, Mitgliedern der Eisenbahndirektion sei der Vorwurf gemacht worden, Bestechen worden zu sein. Die Eisenbahndirektionen in Breslau und Berlin stellten Strafprozesse. In der ersten Verhandlung am 18. November 1910 erklärten beide Angeklagte, es habe ihnen ferngelegen, Unbeteiligte bestechen zu lassen. Es kam zu Vergleichsverhandlungen, die aber schließlich scheiterten, da die Direktionen auf Strafverfolgung be- standen.

In der zweiten Verhandlung erkannte das Gericht auf je 200 M. Geldstrafe. Die Angeklagten läßt das Bewußt- sein haben müssen, daß sich Mitglieder der Eisenbahndirektion be- schuldig machen müßten.

Eine Demonstration der Arbeiter der A. E.-G.

Unter der Arbeiterschaft der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, Brunnenstraße, besteht seit langer Zeit eine große Unzufriedenheit mit den dort herrschenden schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnissen. Die Gesellschaft prahlt mit ihren glänzenden Geschäften, zählt 14 Proz. Dividende und rühmt die Zustände in den Werken als musterhaft, wie man in der „Jubiläumsschrift“ des Herrn Rathenau lesen konnte. Sie hat im letzten Geschäftsjahre einen Umsatz von 272 Millionen Mark gegen 200 Millionen im Vorjahre erzielt und trägt sich mit großartigen Plänen für die Zukunft. Unter den 41 000 Angestellten in sämtlichen Betrieben — darunter 9000 Beamten — gärt und broht es dagegen wegen der rückwärtsgehenden Ausnutzung der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte. Diese Gärung und dieser Groll steigerte sich in der letzten Zeit unter der Arbeiterschaft des Werkes Brunnenstraße durch die wegwerfende Behandlung des Arbeiterausschusses, der einzigen Stelle, wo die Arbeiter ihre Beschwerden der Direktion gegenüber erheben können.

Einem Aushang des Deutschen Metallarbeiterverbandes zu einer Protestversammlung folgten die Arbeiter daher in Massen, und demonstrativ wirkte der Aufzug von etwa 6000 Arbeitern und Arbeiterinnen aus dem Norden nach dem Versammlungsort der Brauerei Friedrichshain, dem Zielort der Aufmärschierenden. Vollei wurde an verschiedenen Stellen schnell zusammengezogen, radfahrende Schutzeleute standen hier und da bereit; die Polizei schien überfordert zu sein und wußte sich offenbar die Bedeutung des Aufzuges nicht zu erklären.

Der Versammlungssaal war schnell überfüllt. Als Referent trat Johansen vom Deutschen Metallarbeiterverbande auf, der in einem 2 1/2 stündigen Vortrage die Zustände in den verschiedenen Abteilungen des Werkes Brunnenstraße schilderte und den Wünschen der Arbeiterschaft nach einer Verbesserung der Verhältnisse Ausdruck gab. Den Beschwerden des Arbeiterausschusses wird nicht genügend Gehör geschenkt; die Mängel, über die Klage geführt wird, werden nicht abgestellt. Für Sicherheit und Wohlfahrt der Arbeiter ist durchaus nicht so gesorgt, wie die Firma behauptet. Der Referent führte zuerst eine Reihe von Beschwerden aus der Großmaschinenfabrik an, wo Arbeiter und Arbeiterinnen sich oft sehr unsicher fühlen. Da sind die Gänge verengt; hier müssen sie auf Kisten stehen und arbeiten; wo mit giftigen Lössen hantiert wird, kostet ein Stöbers Händewaschen sogar Strafgeld; durch das Reinigen mit Kapsitha entsteht ein lästiger und schädlicher Geruch, der schon zu vielen Klagen Anlaß gab, ohne daß Abhilfe geschaffen wird. Daß die Rotausgänge und die Rotbeleuchtung nicht den Ansprüchen auf Sicherheit im Betriebe genügen, zeigte sich bei einem Brande, der am 26. Januar durch Kurzschluss um 7 Uhr abends in der Abteilung des Meisters Jeschke entstand. Einige Arbeiter mußten durch die Fenster springen, vor denen zum Glück Kohlenvorräte hoch aufgestapelt lagen. Auf der Treppe stolperten mehrere Arbeiter infolge der Dunkelheit und sie zogen sich Verletzungen zu. Ein Mann war durch eine Kette, die einen Weg versperrte, festgehalten und mußte durch seine Kollegen befreit werden. Trotz der sofort vorgebrachten Beschwerden wurden auch hier keine Änderungen getroffen. Sehr mangelhaft ist auch oftmals die Ventilation. — Häufig wird die Arbeitszeit ungebührlich lange ausgedehnt. In einer Abteilung, bei Kertb, müssen Arbeiter bei einer hohen Temperatur, 40 bis 45 Grad, 11 1/2 Stunden arbeiten; Nachtschichten dauern von 6 1/2 Uhr abends bis 6 Uhr morgens, wobei nur dreimal eine Viertelstunde Pause gewährt wird; 12—14 Stunden Arbeitszeit werden häufig ohne weiteres verlangt und niemand darf sich weigern; Hilfsarbeiter müssen regelmäßig 11 Stunden arbeiten. — Aus anderen Abteilungen wird über das Kolonnenwesen geklagt, das besonders für Arbeiterinnen bei schwerer Arbeit sehr schlechte Löhne bringt.

Wie in der Großmaschinenfabrik, so sieht es auch in den anderen Betrieben aus. Viel Unsicherheit herrscht im Maschinenlager. Eine große Summe von kleinen und großen Klagen der Arbeiter resultiert aus den Zuständen, wie sie bestehen in der Vahufabrik, Widerstands-fabrik, Kleinmotorfabrik, Metallgießerei, Schraubenfabrik usw. Ueberall dieselbe Unzufriedenheit aus denselben Gründen, die unter diesen oder jenem Meister nur mit größerer Deutlichkeit hervortreten. Auf die Löhne wird gedrückt, die Arbeitszeit wird aus-

gedehnt, die Behandlung ist grob, auf Sicherheit und Wohlfahrt der Arbeiter wird keine Rücksicht genommen, Beschwerden werden abgewiesen oder mit Verpöhlungen, die nicht erfüllt werden, abgefertigt. Die Arbeiter müssen ihre Gesundheit aufs Spiel setzen und Leib und Leben riskieren.

Wie häufig die Unglücksfälle im Werk vorkommen, dafür seien einige Beispiele aus der jüngsten Zeit angeführt: In der großen Halle wurde der Bohrer Neumann von einer Maschine erfaßt, die ihm alle Kleider vom Leibe riß, so daß er fast nackt da stand; glücklicherweise wurde er körperlich nur gering verletzt. Einem anderen Arbeiter wurden mehrere Finger abgerissen, weil es an einer Schutzhülse mangelte. Ein Arbeiter geriet in ein Drehwerk und wurde schwer verletzt. Die Kranführer hatten bisher eine sehr lange Arbeitszeit, bis zu 18 Stunden täglich. Das ist erst seit kurzem geändert worden, denn es zeigten sich manche lästige Folgen der eintretenden Ermüdung bei dieser langen Arbeit. So geschah es, daß ein Kranführer eine Welle im Gewicht von 500 Kilo fallen ließ, die einem Kollegen die Beine zerhackte. Manche gefährliche Arbeit wird unternommen in dem Bestreben, fertig zu werden, weiter zu kommen, um im Afford nicht gar zu wenig zu verdienen. Zum Beispiel messen die Arbeiter die Teile einer Maschine ab, während sich die Maschine in Gang befindet.

Die Affordlöhne sind schon sehr niedrig gehalten. Um so mehr Erbitterung ruft es hervor, wenn fortgesetzt verläßt wird, die Preise noch weiter herunterzudrücken. Durch die Verschmelzung mit den Rahmeyer-Werken, Frankfurt a. M., hat man in dieser Richtung neue Versuche unternommen. Man spielt die Frankfurter Arbeiterschaft gegen die Berliner und diese wieder gegen die Frankfurter aus. Zum Beispiel wurden für Japanergewehre in Berlin 55 M. bezahlt. Den Arbeitern in Frankfurt erklärte man, in Berlin sei der Preis nur 17 M., um dort auf die Preise drücken zu können. Von einer anderen Arbeit, für die in Berlin 238 M. gezahlt wurde — Induktorgewehre — behauptete man, daß sie in Frankfurt für 184,40 M. hergestellt wurde. Die Berliner forschten diesen Dingen nach und erhielten durch ihre Anfragen in Frankfurt Kenntnis, daß die gemachten Angaben der Wahrheit nicht entsprachen. Sie erhoben Protest und erzielten, daß der alte Affordpreis weiter bezahlt wurde.

Die Sache hatte aber ein Nachspiel. Der Vorsitzende des Arbeiterausschusses wurde zum Abteilungschef Kramer beschiednen, der ihm erklärte: „Sie haben dritten Personen die Preise mitgeteilt, die in unserem Werk bezahlt werden. Sie sind entlassen!“ Auf eine Beschwerde beim Direktor Elise erklärte dieser, die Angelegenheit unterlassen zu wollen, ihm sei von dieser Entlassung nichts bekannt. Die Entlassung, die nur mit der Zustimmung der Direktion erfolgen durfte, da es sich um ein Mitglied des Arbeiterausschusses handelte, wurde nicht zurückgenommen.

Nun reichte der Gesamtausschuß eine Beschwerde bei der Generaldirektion ein, wozu er um so mehr Veranlassung hatte, als in letzter Zeit fünf Obleute des Arbeiterausschusses vom Großmaschinenbau entlassen worden sind. In der Beschwerde wurde um eine mündliche Unterhandlung erklart. Herr Rathenau teilte aber dem Ausschuss mit, daß dazu „keine Veranlassung“ vorliege. Direktor Elise hatte freie Bahn und entließ sogleich einen Unterzeichner des Briefes an die Generaldirektion. Er bestritt die Wahrheit der Darstellung der ganzen Sachlage und lehnte jede weitere Verhandlung mit dem Ausschuss ab.

Diese Lage der Dinge schilderte der Referent Johansen den Versammelten, die mit ihrer Entrüstung über die Maßregelung der Obleute des Arbeiterausschusses nicht zurückblieben und eine scharfe Protestresolution annahmen, welche sich zugleich gegen die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Werkes richtete. Die Arbeiter bringen dem von der Firma eingesetzten und erwählten „Wohlfahrts- und Sicherheitsausschuß“ kein Vertrauen entgegen, sondern verlangen, daß die Firma den Beschwerden der Arbeiter, wie sie von dem Arbeiterausschuß vorgebracht werden, die gebührende Beachtung schenkt und die Maßregelung der Obleute zurücknimmt.

Donner mit 540 und Richard Veder mit 367 Stimmen, weiter zu Arbeitsnachweisführenden Frey Nerten mit 618, Franz Loher mit 455, Oskar Leubert mit 395 und Ernst Müller mit 380 Stimmen. Eine Stichwahl für die angestellten Kollegen ist somit nicht nötig. Zentralverband der Töpfer Deutschlands. Die Wahlkommission.

Deutsches Reich.

Tapeziererstreik in Danzig.

Wie uns ein Privattelegramm aus Danzig meldet, ist dort am Mittwoch der Streik im Tapezierergewerbe perfekt geworden. Der christliche Holzarbeiterverband übt bereits seine Tätigkeit als Streikbrecher in eifrigster Weise aus. In ganz Deutschland, speziell im Rheinland, sucht der Verband Kundreißer für Danzig zu werden. Zugung ist streng fernzuhalten.

Tarifbewegungen in der Brauindustrie.

Die Leipziger Brauereiarbeiter haben den seit 1. April 1908 für 16 Brauereien und 5 Bierniederlagen gültigen Tarif gelündigt. Abgeschlossen war der Tarif auf 5 Jahre, jedoch mit der Maßgabe, daß er schon zum Ablauf des dritten Tarifjahres gelündigt werden konnte. Das ist nun geschehen. In Rücksicht auf die zunehmende Teuerung des Lebensunterhaltes muß auf eine Lohnerhöhung gedrungen werden. — Eine stark besuchte Versammlung der Brauereiarbeiter nahm die von der Kommission aufgestellten Forderungen, die außer einer zeitgemäßen Lohnerhöhung und sonstigen Verbesserungen auch eine Verkürzung der Arbeitszeit von 9 1/2 auf 8 Stunden enthalten (für das Jahrpersonal 10 Stunden), einstimmig an.

Auch die Brauereiarbeiter in Lübeck haben ihren Tarif gelündigt. Sie verlangen eine Lohnerhöhung, Verkürzung der Arbeitszeit, Entschädigung der Sonntagsarbeit und Regelung der Arbeitszeit für Vierfahrer. Der bis jetzt gültige, mit dem Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter abgeschlossene Tarif betrifft die vier Lagerbierbrauereien.

Ferner stehen die Brauereiarbeiter in Hannover in einer Tarifbewegung. Der gelündigte Vertrag umfaßt 7 Brauereien. Verlangt werden neben Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit noch sonstige zeitgemäße Arbeitsverbesserungen.

Mit den 4 Schweizerischen Brauereien ist es jetzt nach langwierigen Verhandlungen zu einer Tariferneuerung gekommen. Die Lohnerhöhung beträgt für die ganze Tarifdauer 2,75 M. pro Mann und Woche. Sofort tritt eine Lohnerhöhung von 1,50 M. ein, Sonntagsarbeiten kommen in Wegfall bzw. werden bezahlt. Nach mehreren anderen Verbesserungen wurden erreicht, auch ein jährlicher Urlaub von 2 bis 4 Tagen ohne Lohnabzug.

Nach vierwöchigem Streik der Arbeiter hat die Holzfabrik Karl Balthasar in Mainz-Weisenau Frieden geschlossen und einen Tarifvertrag vereinbart. Zum günstigen Ausgang des Kampfes trug die moralische Unterstützung des Personals der Brauerei durch die Arbeiterschaft wesentlich bei. Erreicht wurde eine 11stündige Arbeitszeitverkürzung, 2,50 M. Lohnerhöhung pro Woche neben sonstigen Arbeitsverbesserungen.

Ausland.

Ein neuer Konflikt in der Romagna.

Rom, den 27. Februar 1911. In Rom ist es schon wieder zu einem schweren Konflikt zwischen „roten“ und „gelben“ Landarbeitern gekommen. In einem Weinstocke befand sich eine Gruppe sozialistischer Arbeiter in dem oberen und eine Gruppe republikanischer Arbeiter in dem unteren Teile. Durch einen unglücklichen Zufall wurde ein sozialistischer Arbeiter, der auf die Straße gegangen war, von einem republikanischen mit dem Hieb eines Revolvers getötet. Dies gab den Anlaß zu einer Messerstecherei, bei der zwanzig Personen leicht und zwei schwer verletzt wurden. Welcher Partei die Verletzten angehören, ist zurzeit noch nicht bekannt.

Die Arbeiter am Panamakanal drohen in den Streik zu treten. Die Ursache des beabsichtigten Streiks ist darin zu suchen, daß ein kürzlich verhafteter Lokomotivführer namens Loto, entgegen dem Verlangen der Arbeiter, bisher nicht in Freiheit gesetzt wurde. Loto war des angeblichen Vertrauensbruches angeklagt und der oberste Gerichtshof hat das Urteil erster Instanz in der vorigen Woche bestätigt.

Versammlungen.

Zentralverband der Dachbeder. Die Filiale Berlin hielt am Sonntag eine Mitgliederversammlung ab, zum erstenmal im Gewerkschaftshaus, wo die Versammlungen des Dachbederverbandes jetzt regelmäßig stattfinden sollen. Es stand der Jahresbericht für 1910 zur Diskussion, der gedruckt vorliegt. Das Jahr ist für die Dachbeder ziemlich ruhig verlaufen, die Hilfsarbeiter haben jedoch eine allgemeine Lohnbewegung durchgemacht, die bei mehreren Firmen mit Arbeitsniederlegung verbunden war. Diese Lohnbewegung hat sich ziemlich lange hingezogen. Schon im März hatten die Hilfsarbeiter ihre Forderungen formuliert, sie warteten aber mit der Einreichung bis zum 23. Juni, aus Rücksicht auf die nicht besonders günstige Konjunktur und die im Baugewerbe drohende Aussperrung. Es kam dann wohl zu Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband für das Dachbedergewerbe, eine Einigung wurde jedoch nicht möglich, da die Unternehmer statt des geforderten Stundenlohnes von 60 Pf. nur den Tariflohn der Bauhilfsarbeiter bewilligen wollten. Nachdem die Arbeit bei einer Reihe von Firmen niedergelegt worden war, führte die Bewegung zum Abschluß von Tarifverträgen mit den größten und ausschlaggebenden Firmen. Der Stundenlohn wurde dadurch für die Hilfsarbeiter im allgemeinen auf 55 Pf., für die verschiedenen Spezialarbeiter auf 60, 62 1/2, 65 und 75 Pf. festgesetzt, und zwar mit der weiteren Bestimmung, daß diese Löhne mit dem 1. April 1911 um 5 Pf. erhöht werden. Außerdem entfällt der Vertrag eine Regelung der Affordlöhne, während im übrigen die Arbeitsverhältnisse, die Arbeitszeit, Lebensstunden, Fahrgehabergütung usw. entsprechend dem Dachbedertarif geregelt sind.

Für die Dachbeder ist im verflorenen Jahre auf Grund des bestehenden Tarifvertrages eine Erhöhung des Stundenlohnes auf 65 Pf. eingetreten, deren Durchführung ziemlich glatt vorstatten ging. Zu Tarifdifferenzen kam es bei einigen Firmen. Dabei ist die Firma Althaus in der Aderstraße besonders zu erwähnen, mit der sich der Verband auch schon in den beiden vorhergegangenen Jahren beschäftigt mußte. Diese Firma hatte die Dachbederarbeit für die Anstalt Buch übernommen, hält aber den Tarif nicht inne.

Die Organisation hat im verflorenen Jahre gute Fortschritte gemacht, wozu auch die Einführung des Hauskassiersystems ein gut Teil beigetragen hat. Die Hauskassierung war erst nur für die Zeit gedacht, in der wegen der Aussperrung Extrabeiträge zu zahlen waren, wurde dann aber dauernd eingeführt. Es ist festgestellt, daß nicht nur die Mitglieder selbst, sondern auch deren Frauen sehr damit zufrieden sind. Die Mitgliedszahl der Filiale ist von 891 auf 878 gesunken. Die Jahresabrechnung schließt mit 35 579,48 M. Einnahmen und 32 005,34 M. Ausgaben ab. An die Verbandskasse wurden 24 084,10 M. abgeführt. Für Krankenunterstützung wurden auf Rechnung der Verbandskasse 1829,55 M. ausgeben.

Die Diskussion über den Bericht zeigte, daß man im allgemeinen mit der Tätigkeit des Vorstandes zufrieden ist. Es wurden verschiedene Wünsche und Anregungen laut, wie namentlich, daß dem Bauarbeiterschutz noch mehr Aufmerksamkeit als bisher geschenkt werden möge.

Unter Verbandsangelegenheiten wurde beschlossen, aus lokalen Mitteln den Mitgliedern, die mindestens ein Jahr dem Verbandsangehören und seit dem 15. November mindestens 8 Wochen arbeitslos waren, am 1. März eine Unterstützung von 10 M. samt 2 M. für jedes Kind zu zahlen.

Letzte Nachrichten.

Das Ministerium Monis.

Paris, 1. März. (W. L. B.) Das neue Kabinett dürfte sich wie folgt zusammensetzen: Vorsitz und Inneres Monis, Justiz Jeanneney, Aeußeres Cruppi, Krieg Berthelet, Marine Delcassé, Finanzen Caillaux, Unterricht Steeg, Oeffentliche Arbeiten Charles Dumont, Handel Poirrier, Aderbau Masse oder Paul Voucour, Kolonien Massimi, Arbeit und Soziale Fürsorge Viviani oder Paul Voucour. Ein Postministerium soll neu geschaffen werden; dies Postesville soll Chaumet übernehmen.

Ein Konflikt zwischen Reichsrat und Regierung.

Petersburg, 1. März. (W. L. B.) Der Reichsrat verhandelte heute über die von 35 Mitgliedern angeregte Frage der Verminderung der Zahl der Feiertage. Ein auf Veranlassung dieser Reichsratsmitglieder ausgearbeiteter Entwurf, der die Abschaffung mehrerer jetzt vorhandener Feiertage zum Zweck der Verlängerung der den Beamten, den Schülern und der Bevölkerung zur Verfügung stehenden Arbeitszeit vorschlägt, rief den Widerpruch der Vertreter der höheren Geistlichkeit hervor, welche meinten, die Frage könne nur von der Kirche, nicht vom Staate entschieden werden. Eine Kürzung der Feiertage werde das Volk als eine Verleibung der Kirche ansehen. Dem Entwurfe widersprach auch Graf Witte, welcher meinte, in Rußland sei nicht genug Gelegenheit zur Arbeit vorhanden. Die Bauern sähen ein halbes Jahr ohne jede Arbeit in ihren Hütten. Die Mehrheit des Reichsrats erachtete nach längerer Debatte für notwendig, daß eine Verkürzung der Feiertage durchgeführt werde. Am Ende der Sitzung erklärte im Namen der Regierung der Oberprokurator des Heiligen Synods, die Regierung lehne es ab, eine Vorlage des vom Reichsrat gebilligten Inhaltes ausgearbeitet.

Streik der Polizeibeamten.

Täbris (Persien), 1. März. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Polizei, welche schon drei Monate lang keinen Sold erhält, ist in den Ausstand getreten.

Selbsterlöbter Sieg.

Peshawar, 1. März. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Sir George Ross-Koppel, der Chefformist des Nordwestgrenz-provinzialprelats, hatte in Charabada gestern abend die Nachricht erhalten, daß sich Hakin Khan, ein berühmter Verbrecher, mit 20 Anhängern in einer Höhle verborgen halte. Der Kommissar rückte darauf mit 200 Mann eingeborener Infanterie, 50 Mann Kavallerie und zwei Gebirgsgepäckträgern aus und umzingelte die Höhle. Da sie sich weigerten, sich zu ergeben, wurde heute morgen ein Geschützfeuer auf sie eröffnet. Hakin Khan und 22 seiner Begleiter wurden getötet, sieben gefangen genommen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Geldschrankschloßer kamen am Dienstag abend in Frankes Festjahren zusammen, um den Bericht ihrer Tarifkommission entgegenzunehmen. Die Kommission war in der Versammlung vom 18. Dezember vorigen Jahres beauftragt worden, den alten Tarifvertrag zu kündigen und eine neue Vorlage auszuarbeiten. Dieser Aufgabe hatte sich die Kommission entledigt; die neue Vorlage, die bereits in einer Vertrauensmännerkonferenz durchberaten und angenommen wurde, lag den Versammelten gedruckt vor. Während dem Deutschen Metallarbeiterverband, der den Bericht der Kommission erbat, erläuterte die Vorlage und empfahl die Annahme derselben. Die eingehendsten Forderungen in bezug auf Lohn und Arbeitszeit lauten im wesentlichen wie folgt:

Der Mindestlohn der Einstellungslohn beträgt pro Stunde: für Schlosser 60 Pf., für Schlosser im ersten Jahre nach Beendigung der Lehrzeit 55 Pf., für selbständige Schlosser 70 Pf., für Schleifer 70 Pf., für Dreher 70 Pf., für Präler und Hobler 65 Pf., für Maschinenarbeiter 55 Pf., für selbständige Schmiede 70 Pf., für Stodgesellen 60 Pf., für Maler und Lackierer 65 Pf., für Anstreicher und Spachtelschleifer 60 Pf., für ungelernete Arbeiter 50 Pf., für Hilfsarbeiter in der Lackiererei 55 Pf. Diejenigen Arbeiter, welche dienen oder einen höheren Lohn schon haben, erhalten eine Zulage von 5 Pf. die Stunde. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 Stunden. Ueberstunden dürfen nur im äußersten Notfalle gemacht werden, und sind dann die ersten zwei Stunden mit 25 Proz., die darauffolgenden zwei Stunden mit 50 Proz., und die weiteren Stunden, also Nacharbeit sowie Sonntagarbeit, mit 75 Proz. Lohnaufschlag zu zahlen. Als Lebensstunden gelten diejenigen Stunden, welche über die tariflich festgelegte tägliche Arbeitszeit zu leisten sind. Am Sonnabend ist zwei Stunden früher Feierabend, den Lohnarbeitern wird aber eine Stunde vergütet; am dem letzten Arbeitstag vor den großen Festen ist mittags Feierabend.

Für Arbeiten außerhalb der Werkstatt, für die Affordlöhne und den Affordüberschuß sind genaue Bestimmungen gemacht. Der Tarif soll auf drei Jahre abgeschlossen werden. Der alte Vertrag läuft am 31. März ab. Die Versammelten gaben nach einer längeren Diskussion ihre Zustimmung zu dieser Vorlage der Kommission. Nur eine kleine Änderung zugunsten der ungelerneten Arbeiter wurde vorgenommen, indem man den Mindestlohn auf 50 Pf. pro Stunde festzusetzen wünschte. Die Kommission wird den Tarifentwurf in den nächsten Tagen den Unternehmern in der Geldschrankschloßerei vorlegen.

Achtung, Töpfer! Die Wahlen für den Vorstand, die Revisoren und die Arbeitsnachweisführenden ergaben folgendes Resultat: Abgegeben wurden 851 Stimmen. Gewählt wurden: zum 1. Vorsitzenden Franz Segawe mit 333 Stimmen, zum 2. Vorsitzenden Richard Bohmhammel mit 227 Stimmen, zum 3. Vorsitzenden zugleich 2. Kassierer Max Krahl mit 465 Stimmen, zum 1. Schriftführer Eduard Rappaport mit 778 Stimmen, zum 2. Schriftführer Max Waxmann mit 403 Stimmen, zu Revisoren Adolf Scheffler mit 405, Karl Liepe mit 349, Gustav Weyn mit 383 und Joseph Baril mit 320 Stimmen, zu Arbeitsnachweisführenden: Redakteur: Hans Weber, Berlin. Informativ: Berantw.:

Reichstag.

188. Sitzung, Mittwoch, den 1. März 1911, nachmittags 1 Uhr.

Zweite Beratung des Militäretats.

Fünfter Tag.

Die Beratung beginnt bei dem Kapitel „Bekleidung und Ausrüstung der Truppen“.

Abg. Albrecht (Soz.):

An den Bekleidungsämtern ist immer noch recht viel zu kritisieren; es wird noch immer viel zu viel reglementiert und kommandiert.

Es wird jetzt der Versuch gemacht, das System der erweiterten Bekleidungsämter mit Zivilarbeitern unmöglich zu machen.

Von den Militärparteien wird jetzt behauptet, die umgewandelten Bekleidungsämter arbeiten zu teuer.

Tausende von Arbeitern brotlos

machen und somit neue Tausende auf die Straße werfen und in die Gefängnisse bringen.

Kleines feuilleton.

Der Sieg der westeuropäischen Zeit. Die Franzosen haben ein schweres Opfer ihres Rationalismus gebracht, sie haben den Meridian (Mittagskreis) von Paris aufgegeben.

stimmung bei den Sozialdemokraten.) Die beiden vom Zentrum eingebrachten Resolutionen sind überflüssig, nehmen Sie lieber die von uns zu einem späteren Kapitel eingebrachte an.

Kindereien!

(Inruhe rechts.) Die Arbeiter stellen ihre Arbeitskraft zur Verfügung und nach etwas Weiterem hat die Verwaltung nicht zu fragen.

Zuchthausausgänge

sind. Beseitigen Sie derartige Mißstände und bauen Sie die Bekleidungsämter im Sinne meiner Darlegungen aus.

Abg. Vogel (natl.) bittet, den Bedarf an Militärleder bei den Vereinigungen der kleinen Erwerber zu decken.

Abg. Vogt-Hall (wirtsch. Vg.) schließt sich diesem Wunsche an, während Abg. Wehl (natl.) in sehr langen Ausführungen gegen seinen Fraktionsgenossen Vogel polemisiert.

Generalmajor Staats: Wir können nur das allerbeste, widerstandsfähigste Ledermaterial gebrauchen und müssen am Lohgegerbten Leder festhalten.

Württembergischer Generalmajor v. Dorrer: Es trifft nicht zu, daß im Bekleidungsamt in Ludwigsburg keine gewerkschaftlich organisierten Arbeiter geduldet werden.

Italien, zur osteuropäischen Zeit bisher nur Bulgarien, Rumänien, die Türkei, Ägypten und Südafrika.

Das Ende einer Wiener Straßensfigur. Man schreibt uns aus Wien: Das Abgeordnetenhaus hat es beschlossen, und vom Juli an gibt es in Wien keine Hausierer mehr.

Der Hausierer ist der Adjutant der Köchin, er bringt ihr Obst und Gemüse, Geflügel und Eier ins Haus; der Hausierer ist der Freund der Kinder, der bei allen Lobpreisungen, an allen Plätzen der Volkstheater, im Prater, in Schönbrunn, auf der Ringstraße und rings im Wiener Wald, seine Luftballons, Trommeln, Pfeifen und weiß Gott, weiche Quäse und Quäseinstrumente in verlockendster Weise hochstiegen, martens, klappern, pfeifen und brüllen läßt.

Resolutionen Zrl und Wiedeberg stimmen werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Soumer (Vp.) wünscht kaufmännisch ausgebildete Leiter an der Spitze der Bekleidungsämter.

Abg. Duffner (Z.) polemisiert gegen den Abg. Albrecht. Wir sind noch heute für die Befestigung der Stellen mit Zivilarbeitern, aber in Rücksicht auf die Reichsfinanzen muß die Umgestaltung langsam vor sich gehen.

Abg. Böhle (Soz.):

Gegen den Antrag Zrl, Berücksichtigung der Innungen bei Vergabe der Arbeiten, wenden wir uns nicht aus Feindschaft, sondern weil dadurch die Löhne der Arbeiter gedrückt werden.

Kriegsminister v. Heeringen: Gegen Herrn Böhles Ausführungen über das Bekleidungsamt in Straßburg legten die dortigen Arbeiter in einem schriftlichen Protest Verwahrung ein.

Nachdem noch Abg. Wiedeberg (Z.) kurz für seine Resolution gesprochen hat, wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Abg. Böhle (Soz.): Ich behalte mir vor, auf die Ausführungen des Kriegsministers morgen bei einem anderen Titel zurückzukommen.

Der Rest des Kapitels „Bekleidungsämter“ wird nach unwesentlicher Debatte bewilligt.

Abg. Rille (wirtsch. Vg.) wünscht möglichst viele kleine Garnisonen, insbesondere eine Garnison für Goslar.

Abg. Werner (Antif.) wünscht ebenfalls kleine Garnisonen, insbesondere eine für Hersfeld.

Abg. Zrl (Z.) wünscht Zuziehung von Sachverständigen aus dem Handwerkerstande bei der Vergabe von Bauarbeiten usw. für Garnisonen und Kasernen.

Abg. Dr. Weber (natl.) bittet die Militärverwaltung, dafür zu sorgen, daß auf den Schießplätzen nicht einzelne Firmen das Monopol für die Lieferung von Gewehren usw. erhalten.

Abg. Schöpflin (Soz.) fragt die sächsische Militärverwaltung, ob der Anregung der „Leipziger Volkszeitung“ Folge geleistet und eine Verordnung des Kriegsministeriums erlassen sei.

tracht, die werden uns durch Ausnahmestimmungen des Gesetzes erhalten bleiben, aber der Strohmann, der Sandmann, der Bomeranzemann, alle diese Hausierer mit den Wärdennamen, das Lavendelweib, der Figurini mit den Tonbüsten berühmter Männer, der aromatische Waldmeisterverkäufer: die werden verschwinden.

Notizen.

Wie Herr v. Jagow zitiert wurde. Nachdem er durch seine Benutzungsverfügungen nicht minder wie durch seine Klatsche und Verleumdungen überall Anstoß erregt hatte, beschloß Herr von Jagow, sich von nun an über die Dinge erst genauer zu orientieren, ehe er sie regelte.

Die Bevölkerung des russischen Reiches. Nachdem soeben die Ergebnisse der jüngsten Volkszählung im Deutschen Reich bekannt geworden sind, ist es interessant, die Bevölkerungsziffer des russischen Reiches nach der Aufzählung vom 1. Januar 1910, deren Resultat jetzt auch vorliegt, zu vergleichen.

wittern Soldaten auf dem Marsche der Auflösung der Formation erteilt werden soll, um die Gefahr von Massenkatastrophen durch Blüßschüsse zu vermindern.

Generalmajor v. Salsa erklärt, eine solche Verordnung sei erlassen, den genauen Inhalt kenne er aber nicht.

Abg. Will (H.) klagt über Verlastigung von Bauern durch Schießübungen bei Mey; diese sollten mehr im Winter vorgenommen werden.

Generalmajor Staab erwidert, daß durch den neuen Truppenübungsplatz diesen Beschwerden abgeholfen werde.

Beim Kapitel Pferdebeschaffung bringt

Abg. Böhle (Soz.) Beschwerden von Droschkenfahrerbestvereinen über die Konkurrenz durch militärische Krümperfahrwerke vor. Vielfach würden solche Krümperfahrwerke den Offizieren zu privaten Zwecken und auch Privatpersonen zur Verfügung gestellt. Um eine dem entgegenstehende Verfügung der Militärverwaltung klümmert sich die Offiziere nicht. Aus Strahburg und Darmstadt liegen mir solche Fälle vor. Möge der Minister endlich für mehr Disziplin unter den Offizieren sorgen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Generalmajor Wandel: Die Militärverwaltung hält es für erforderlich, daß ihre Verfügung streng befolgt wird. Wenn trotzdem Verstöße dagegen vorgekommen sein sollten, bitte ich Herrn Böhle um die betr. Daten, damit wir dagegen vorgehen können. Der Fall aus Darmstadt, der in der Kommission vorgebracht wurde, wird untersucht werden. (Abg. Böhle übergibt dem Redner sein Material.)

Abg. Weber (nat.) schließt sich den Beschwerden des Abg. Böhle an.

Darauf wird die Weiterberatung vertagt auf Donnerstag 1 Uhr. Schluß 7 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Wirtschaftlicher Boykott.

Unsere Junker und deren Troß haben schon ein hübsches Quantum Energie aufgewendet, um in gehörig gesteigerter Enttäuschung ihren Absichten über den wirtschaftlichen Boykott, den andere begehren, zu bekunden. Das ist erklärlich, denn die fanatischen Volkseindeckler betrachten es als ein Vorrecht ihrer Klasse, in sozialen Sünden schwelgen zu dürfen. In diese ihre Domäne darf kein anderer einbrechen, oder die Privilegierten toben — aus stülpischer Entrüstung! Zweifellos ist der wirtschaftliche Boykott als politisches Pressionsmittel durchaus wertvoll, wie überhaupt jeder Bewusstseinszwang aus Egoismus. Und diesen üben die herrschenden Stippen. Die öffentlichen Abstimmungen bei Wahlen, die Androhung der Entlassung als Strafe für die Bekundung sozialistischer Anschauungen und freigeistlicher Bestrebungen haben ausgesprochen den Zweck, abhängige Personen gegen ihren Willen zu der Duldung von Schäden und zu der Wahrnehmung der Interessen ihrer Gegner und Ausbeuter zu zwingen. Das ist verächtlicher Terror, das ist Boykott aus gemeinen Motiven. Etwas ganz anderes ist der Boykott aus Notwehr, als Mittel den Gewissenszwang abzuwehren. Aber die Hüter der Liqueurmoral, der Pfländereithil verurteilen diese Art Boykott, weil er ihren Terror aus Portemonnaiemotiven stört. Wie ungeniert die Ritter des Zollwuchertarifs den wirtschaftlichen Boykott als Pressionsmittel handhaben, darüber liegt ein neuer krasser Fall vor. Die „Voll. Ztg.“ berichtet darüber:

Der Landwirt Rood in Krummensee (Kreis Niederbarnim) hat einem liberalen Geschäftsmann in Werneuchen (Kreis Oberbarnim) erklärt, er würde von ihm fernherhin keine Waren mehr beziehen, wenn er nicht aus dem dortigen Verein der Fortschrittlichen Volkspartei austräte. Leider hat sich der Kaufmann einschüchtern lassen. Als diese Angelegenheit am Sonntag in einer Versammlung zu Werneuchen vom Landtagsabgeordneten Dr. Schopp vorgebracht und scharf getadelt wurde, brüstete der anwesende Herr Rood sich noch mit dieser Heldentat und erklärte, auch künftig ebenso handeln zu wollen. Von den anwesenden Konterpartnern, auch nicht vom dem Kandidaten Herrn Rechtsanwält Brederer, hatte keiner ein Wort des Tadelns für dieses Vorgehen ihres Parteigenossen.

Unsere Genossen werden nicht unterlassen, die Heuschlergesellschaft bei passenden Gelegenheiten durch den Hinweis auf solche Taten ihrer Helden moralisch zu züchtigen.

Eisenpreise im In- und Auslande.

Deutschland ist das einzige der größeren Industrieländer, in dem die Eisenpreise das Vorjahresniveau bereits wieder überholt haben. In England, Amerika und Belgien bleibt der Rohisenpreis noch mehr oder weniger hinter dem des Vorjahres zurück; ja in Amerika konnte er sich sogar nicht einmal mehr über dem vom Jahre 1909 halten. Die Preisbewegung ist in nachstehender Tabelle zusammengefaßt. Es betrug der Preis für 1 Tonne für Deutschland in Mark, für Großbritannien in Schilling und Pence, für Amerika in Dollar und für Belgien in Frank im Februar der Jahre:

Jahr	Deutschland	Großbritannien	Berein. Staaten	Belgien
1907	85	54 Schll., 10 1/2 Pence	23,50	80
1908	79	49	18,25—18,50	74,50
1909	59—60	46	16,50—17,00	65,00
1910	63—65	51	18,00—18,75	70—72
1911	68	49	15,50—16,00	67—69

Diese Entwicklung gibt eine schlechte Begründung für den deutschen Rohisenzoll.

Bankspindeln. Die Diskontogesellschaft bringt für das letzte Jahr 10 Proz. Dividende zur Verteilung gegen 9 1/2 Proz. im Vorjahre. Gleichzeitig erhöht sie ihr Kommanditkapital um 30 Millionen auf 200 Millionen Mark. — Die Kommerz- und Diskontobank schüttet wiederum 6 Proz. Dividende aus. — Die Norddeutsche Kreditanstalt, die wie im Vorjahre 7 Proz. Dividende verteilt, will ihr Kapital um 6 Millionen Mark auf 24 Millionen Mark erhöhen.

Trübsagen. Die auf Gründung eines österreichisch-ungarischen Petroleumtrusts gerichteten Bestrebungen waren erfolgreich. Das bekommen die Konsumenten unangenehm zu spüren. Die in Betracht kommenden österreichischen Raffinerien haben erst vor wenigen Tagen den Preis pro Wagen um 1 1/2 Kronen gesteigert, am 23. Februar folgte eine weitere Preiserhöhung um 1 1/4 Kronen. Häßt dieser Trutz zu einer Verständigung mit den Amerikanern, dann können die Konsumenten sich auf noch weitere Preissteigerungen gefaßt machen. Und wieder ist es die ärmere Bevölkerung, die durch die Preispolitik am schwersten getroffen und ausgebeutet wird.

Petroleumtransaktionen. Die finanzielle Struktur der großen Petroleumkonzerne ist durch den in vergangenen Jahre ausgebrochenen und in Disfuss ausgeschöteten Weltkampf zwischen der Standard Oil Co. und der englisch-niederländischen Gruppe in eine neue Bewegung gekommen. Und zwar vollziehen sich die Veränderungen bei dem letzteren Konzern, der eine Angliederung der deutschen Petroleuminteressen in Rumänien vornimmt. Schon vor einiger Zeit ist berichtet worden, daß die Regatul - Roman - Gesellschaft, die der Internationalen Bohrergesellschaft und dem Schaaffhausenschen Konsortium nahesteht, in die holländische Gruppe übergehen werde. Und zwar vollzieht sich die Angliederung an die Astra Romana, die früher gleichfalls intimere Beziehungen zu Deutschland und seinen Großbanken unterhalten hatte. Die Astra erhöht ihr Kapital um 25,4 Millionen Lei auf 44 Millionen Lei. Gleichzeitig erhöht der andere große niederländische Konzern, die Königlich Niederländische Petroleumgesellschaft, ihr Kapital um 60 Millionen Frank. Die Königlich Niederländische besitzt auch einen großen Posten der Shell Transport

and Trading Co. Die jungen Aktien sollen zur Ausdehnung der Petroleummacht in Serawat dienen, wo die Gesellschaft schon jetzt den maßgebenden Einfluß durch die Gemisch-Gesellschaft ausübt.

Aus der Frauenbewegung.

Muster-Herrschaften!

Das Klagespiel über die Dienstbotennot dauert nicht erst seit gestern und heute, so lange wie es Herrschende und Dienende gibt, kann man den Gang, über das Gefinde heranziehen, verfolgen. Das doch selbst der „frumbe“ Gottesknecht Martin Luther die Dienstboten für eine Plage des Himmels erklärt, die der liebe Gott über die Herrschaften verhängt habe. Nun ist ja Logik bis auf den heutigen Tag nie die starke Seite der Kirche gewesen, denn man könnte aus der Bestimmung Luthers sehr leicht die Folgerung ziehen, daß die Herrschaften doch arg gegen die heiligen Lehren getrevelt haben müssen, da Gott nun bereits seit Jahrhunderten die Plage über sie verhängt und bis heutigen Tages sie noch nicht davon erlöst habe.

Wenn Genosse Liebnecht in seiner Broschüre „Wissen ist Macht“ gelegentlich erklärt, die Arbeiter sind keine Engel und können es ihrer ganzen Erziehung und Masselage nach auch gar nicht sein, so kann man diesen Ausdruck ganz ruhig ebenfalls auf das häusliche Arbeitspersonal übertragen, und wenn man den Gedanken weiter verfolgt, so kommt man eben zu der Erkenntnis, daß die Angehörigen keiner Klasse oder Schicht Anspruch darauf erheben können, zu den „Engeln“ gerechnet zu werden, sofern man sich unter dieser Bezeichnung vollkommene Menschen denkt.

Zimmerlein sollte man meinen, daß die oberen Schichten, die im Besitze aller Bildungsmittel sind und über genügend Geld und Zeit verfügen, diesem Deal näher kommen müßten als die Klasse, der die Arbeiter und Dienstboten entstammen, die in den meisten Fällen ohne regelrechte Pflege, Aufsicht und Erziehung aufwachsen und vom jüngsten Alter an schon tüchtig mitschlagen müssen fürs tägliche Brot. Wer das glaubt, irrt sich gewaltig. Ein Blick in die herrschaftlichen Haushalte belehrt ihn eines anderen. Ausnahmen bestätigen auch hier die Regel. Herrschaften, die sich auf ihren Bildungsgrad wunder was zugute tun, finden es nicht für nötig, ihrem Personal gegenüber die einfachsten Regeln der Menschlichkeit, des Taktes und des Anstandes einzuhalten. Wir konnten kürzlich einen Fall feststellen, wo eine einzelne Dame, die in ihrer großen Wohnung 3 Klosetts hat und ihr Mädchen auf den Wascheboden (!!) hinauf schiebt, damit sie das dort befindliche Klosett benutze. Ebenso ergeht es den Mädchen mit den Wabecintrichtungen, die sie wohl reinigen, aber nicht benutzen dürfen. Ein Dienstmädchen, das bei einem Arzt in Stellung trat, erhielt auf die Frage betreffs des Bodens die Antwort: „Unsere Wadewanne können Sie nicht benutzen, aber gleich da drüben über der Strahe befindet sich eine Wadewanne, da können Sie rübergehen!“ Als das Mädchen aber dann darauf hintwies, daß sie hierzu doch Geld brauche, meinte der ärztliche Hausherr höchlichst verwundert: „Ja, wenn Sie sich den Zugus (!!) des Bodens leisten wollen, dann müssen Sie das schon aus Ihrer Tasche bezahlen.“ Wenn so ein Arzt spricht, dann braucht man sich nicht mehr zu wundern über die hygienischen Ansichten von Vätern.

Ebenso wie in diesen Dingen, oder noch schlimmer, steht es mit der Frage der Beförderung. Hier feiern Geiz und Habgucht wahre Orgien. Dieselben Herrschaften, die prunkende Gesellschaften geben, können oft ihrem Personal nicht einmal das trodne Brot. Die Häuser, in denen nicht nur der Speisefrank, sondern auch das Brot verschlossen wird, sind keine Seltenheit.

Wir können hier gerade mit einem Fall aufwarten, der sich jüngst ereignete. Eine nicht mehr junge, erfahrene und äußerst pflichtgetreue Hausangestellte, die, nebenbei bemerkt, jeder Organisation fern steht, also nicht „verheißt“ ist, und die auf lange, ehrenvolle Dienstjahre zurückblicken und erblöflose Zeugnisse aufweisen kann, nimmt Stellung bei einer älteren, alleinlebenden Witwe, die am Markfurstendamm eine 9-Zimmerwohnung inne hat. Noch vor Schluß des ersten Monats nimmt das Fräulein seine Entlassung. Hatte ihm doch die „Unädige“ wahrhaftig vorgerechnet, was das im Monat koste, wenn das Fräulein zum Frühstück — entschlich — es ist nicht auszubedenken — a w e i K n ü p p e l esse. Desgleichen säme auch eine Flasche Bier — die halbe für abends, den Rest zum zweiten Frühstück — viel zu teuer! Und noch vieles andere. Diefelbe Dame gibt aber in kurzen Zwischenräumen große Gesellschaften, die gewiß nicht billig zu stehen kommen. Aber für den Dienstboten sind schon zwei Knüppel zu viel! Wette Herrschaften, wirklich! Aber nicht nur das: diese Unädige unterlag auch ihren Hausangestellten, Hilber oder irgendwelche Gegenstände in der Wädchensammer aufzuhängen bezw. zu stellen. Und doch haben die Dienstboten den Wunsch, ihr Zimmerchen zu schmücken, ihm gleichsam eine persönliche Note aufzudrücken, um sich heimisch und wohl darin zu fühlen. Dem erwählten Fräulein, das über ihrem Wette ein Bild von ihren verstorbenen Eltern aufgehängt hatte, rief die Dame dieses von der Wand und schleuberte es ihr hin: „Das können Sie in Ihrem Korb verwahren!“ Nicht genug damit, untersucht sie auch noch täglich alle Pöcher und Kästen ihres Personals. Dann wundern sich solche Herrschaften noch, wenn ein anständiger Mensch nicht zu ihnen will. Gewiß wird auch diese Dame über die „Dienstbotennot“ in den beweglichsten Tönen klagten. Wir aber sagen immer und immer wieder — und aus den bürgerlichen Kreisen stimmen uns die Vernünftigen zu — wer seinem Personal satt zu essen gibt und es menschlich behandelt, hat in der Regel keine Ursache, über Dienstboten zu klagen. Für gewisse Herrschaften aber wäre es gut, wenn sie sich ihre Arbeit selbst machen, dann bräuchten sie weder Geld noch Beförderung zu geben. Den Dienstboten aber raten wir, sich vollzählig ihrem Verbands anzuschließen, der erfolgreich für ihre Interessen arbeitet. Bureau: SO. Reichsgerichtsplatz 1.

Soziales.

Prinz Aqua vor dem Kaufmannsgericht.

Eine nicht unbedeutende Rolle spielte ein afrikanischer Prinz in der letzten Sitzung der 5. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts. Der Kläger war Aquisteur bei der belagerten Versicherungs-gesellschaft „Wißelma“ und liegt mit der Gesellschaft wegen mehrerer Provisionsforderungen im Streit. Unter anderem verlangt der Kläger Provision für eine mit dem „Prinzen“ Aqua abgeschlossene Lebensversicherung. Diefes südwestafrikanische Blut, dessen voller Name „Aqua Bonambona Bonalu“ ist, wohnt in bescheidenen Verhältnissen in der dritten Etage eines Mietshauses im hohen Norden Berlins, soll aber dennoch nach der Behauptung des klagenden Weisenden die nötige Gewähr für Innehaltung der sich aus dem Versicherungsvertrage ergebenden Verpflichtungen bieten. Seine Kapitalien sollten auf einer bestimmten ausländischen Bank deponiert sein. Die Versicherungsgesellschaft war indessen so vorsichtig, über den Afrikaner aus prinzipialen Gebäl bei einem renommierten Auskunfts-bureau Erkundigungen einzuziehen, und diese ergaben ein ganz anderes Bild von der Zahlungsfähigkeit des Prinzen Aqua. Die betreffende Bank erklärte, daß „Hohheit“ nicht einen Pfennig Depot bei ihr haben und infolgedessen auch keine seitens des Prinzen etwa auf die Bank ausgestellte Anweisung honorieren würde. — Gegenüber diesen Feststellungen erbot sich der Kläger, den prinzipialen Versicherungslandbaten persönlich an Gerichtsstelle vorzuführen, damit sich der Gerichtshof „schwarz auf weiß“ überzeugen kann, daß Prinz Aqua ebenso feodal wie solide ist. Schließlich kam es aber zwischen den streitenden Parteien zu einer Verständigung über diesen „schwarzen Posten“.

Ein Engagementsvertrag gegen die guten Sitten.

Das Kaufmannsgericht in München erklärte in seiner letzten Sitzung eine Vereinbarung als gegen die guten Sitten verstößend und deshalb nichtig, die an Stelle des an sich zuständigen Kaufmannsgerichts ein weit schwerer zu erredendes sehen und damit in Wahrheit den Handlungsgehilfen rechtlos machen will. Ueber die Verhandlung geht uns folgender Bericht zu.

Ein bei einem Münchener Schneidermeister angestellt gewesener Buchhalter klagte jenen vor dem Kaufmannsgericht auf Zahlung eines Gehaltsrestes von 18 M. an. Der Beklagte beantragte „wegen betrügerischer Unzuständigkeit des Gerichts“ Klageabweisung. Er machte geltend, daß gemäß § 8 des Engagementsvertrages hinsichtlich aller Streitigkeiten aus dem Dienstverhältnis die Zuständigkeit des Münchener Kaufmannsgerichts ausgeschlossen und stattdessen die Zuständigkeit des Kaufmannsgerichts — Breslau (!) vereinbart sei; er habe diesen Paragraphen in den Vertrag aufgenommen, weil er es für eine Schädigung seines Geschäfts halte, vor dem Münchener Kaufmannsgericht zu prozessieren. Er wisse, daß das Kaufmannsgericht zu Breslau zu den Kaufmannsgerichten zähle, die den Standpunkt einnehmen, daß § 63 des Handelsgesetzbuches durch Parteivereinbarung ausgeschlossen werden könne, während das Münchener Kaufmannsgericht die Ansicht vertritt, dieser Paragraph enthalte zwingendes Recht. Er halte die Anschauung des Kaufmannsgerichts Breslau für richtig und habe daher auch den § 4 in den Vertrag aufgenommen, wonach im Krankheitsfalle der Kläger für die Dauer der Erkrankung keinen Anspruch auf Zahlung des Gehalts habe und durch den § 8 die Zuständigkeit des Münchener Kaufmannsgerichts ausgeschlossen sei.

Das Kaufmannsgericht München fällt unter dem Vorfiche des f. Gerichtsdirektors Dr. Preuner folgendes Urteil:

„Die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte und damit auch die Vereinbarung eines ordentlichen Gerichts an Stelle eines Kaufmannsgerichts ist gemäß § 6 des Kaufmannsgerichtsgesetzes durch die Zuständigkeit eines Kaufmannsgerichts ausgeschlossen. Dadurch ist jedoch nicht verwehrt, daß die Beteiligten auf dem Wege der Vereinbarung an Stelle eines Kaufmannsgerichts die Zuständigkeit eines anderen Kaufmannsgerichts vereinbaren. Diese Vereinbarung hat jedoch ihre natürlichen Grenzen in den allgemeinen Bestimmungen des B. G. B. über Verträge. Nach § 133 des B. G. B. sind Rechtsgeschäfte, die gegen die guten Sitten verstößen, nichtig. Im gegenwärtigen Falle bedeutet nach den bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen die Vereinbarung des Kaufmannsgerichts Breslau nahezu den Ausschluß des Rechtsanwaltes für den minder bemittelten Handlungsgehilfen. Zum mindesten ist darin eine wesentliche Erschwerung seiner Rechtsverfolgung zu erblicken. Es spricht manches dafür, daß dieser Zustand vom Beklagten gewollt war, vor allem die Tatsache, daß der Beklagte unter den verschiedenen Kaufmannsgerichten, welche den § 63 des B. G. B. für nicht zwingend erklären, gerade das von München entferntest gelegene Kaufmannsgericht gewählt hat und der Beklagte selbst in Breslau weder eine Niederlassung noch sonst geschäftliche Beziehungen hat. Die Annahme, daß diese Vereinbarung dem Ausschluß des Rechtsweges nahezu gleichkommt ist gerechtfertigt im Hinblick auf die Frage der Stellvertretung im Prozeß, Rechtsanwälte und Personen, die das Verhandeln vor Gericht geschäftsmäßig betreiben, sind von der Vertretung vor den Kaufmannsgerichten ausgeschlossen. Es ist daher dem Kläger die Möglichkeit genommen, sich einen berufsmäßigen Prozeßbevollmächtigten zu bestellen. Eine Vereinbarung, die einen vom Gesetzgeber nicht gewollten Erfolg zeitigt, kann keinen Anspruch darauf erheben, dem Gefühl aller billig und rechtlich Denkenden zu entsprechen, sie ist als ein Verstoß gegen die guten Sitten und daher für nichtig zu erklären.“ „Der Beklagte war zur Zahlung des Gehaltsrestes von 18 M. zu verurteilen“.

Gerichts-Zeitung.

Polizeiliche Verfolgung der Arbeiterjugend.

Am 4. Dezember protestierte eine große Versammlung in der „Neuen Welt“ gegen die polizeiliche Auflösung der freien Jugendorganisation Nizdorf-Brig. Selbstverständlich waren in dieser Versammlung auch die zunächst Interessierten, nämlich jugendliche Arbeiter, erschienen. Mit Rücksicht darauf sollte die Versammlung natürlich keinen politischen Charakter haben und hat ihn auch nicht gehabt. Da die Polizei alles zu wissen glaubt, so nahm auch der mit der Überwachung betraute Polizeileutnant schon vor dem Beginn der Versammlung an, daß sie einen politischen Charakter annehmen werde. Der Polizeileutnant legte deshalb dem Vorsitzenden der Versammlung nahe, die jugendlichen Personen zum Verlassen des Saales aufzufordern. Der Vorsitzende teilte der Versammlung zwar mit, welchen Rat ihm der Beamte gegeben hatte, fügte aber hinzu, er fordere niemanden zum Hinausgehen auf, weil in der Versammlung keine politischen Erörterungen gepflogen werden sollten. —

Run hatte aber die Polizeiphantastie der Versammlung schon im voraus einen politischen Charakter angeblüht. Demgemäß hatte denn auch die Polizei ihre Vorkehrungen getroffen. Auf der Strahe vor dem Versammlungslokal waren Beamte aufgestellt, die natürlich nicht wissen konnten, welchen Charakter die Versammlung hatte. Lediglich auf Grund der vorgefaßten Meinung, es handele sich um eine politische Versammlung, griffen die Beamten nach Schluß der Versammlung einige von den aus dem Saale kommenden Jugendlichen heraus und stellten ihre Personalien fest.

Wißt jugendliche „Uebelthäter“, die auf diese Weise ermittelt waren, sollten sich am Mittwoch unter dem Beistand ihres Verteidigers, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, vor dem Jugendgericht Nizdorf verantworten. Die Verhandlung mußte aber, nachdem sie kaum begonnen hatte, vertagt werden, denn es war kein Zeuge geladen, der über die Hauptfrage, ob die Versammlung eine politische war oder nicht, hätte Auskunft geben können. Als Zeuge war nur der Polizeiwachmeister Hartung zur Stelle, der auf der Strahe die jungen Leute festgesetzt und Anzeige gegen sie erstattet hatte. Dieser Zeuge wußte natürlich über die Versammlung selbst gar nichts.

Zu dem neuen Termin sollen die beiden Beamten geladen werden, welche die Versammlung überwachten. Der vorsitzende Richter hält auch die Vorlegung des Statuts der aufgelösten Jugendorganisation Nizdorf-Brig für notwendig, obgleich Rechtsanwalt Rosenfeld mit Recht darauf hinwies, daß das Statut, wie auch sein Inhalt sein möge, für den vorliegenden Fall gar nichts beweise, denn nur aus dem, was sich in der Versammlung abspielte, könne hervorgehen, ob sie als politische anzusehen sei oder nicht.

„Don Quixote de la Mancha.“

Zwei gemeingefällige „schwere Jungen“, der Köpfer Wilhelm Hasenpud und der Arbeiter Willi Schürmer, fanden gestern unter der Anklage des versuchten schweren Diebstahls und der Körperverletzung vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I. Die Strafsache hat schon einmal die Ferienstrafkammer beschäftigt, die Verhandlung wurde jedoch vertagt, weil es notwendig erschien, die Angeklagten auf ihren Geisteszustand beobachten zu lassen. In der Nacht zum 6. November, gegen 4 Uhr früh, ertönten aus dem Hause Petersburger Strahe 23 Hirsens. Der herbeieilende Schutzmann Runge sah zwei Männer das Haus verlassen. Während er den einen — den Angeklagten Hasenpud — trotz heftiger Gegenwehr festhalten konnte, entlief der andere — der Angeklagte Schürmer —, wurde aber von dem auf die Hirsens gleichfalls herbeieilenden Kaufmann Fischer verfolgt und gefaßt. Herr Fischer erhielt von dem Flüchtling einen wuchtigen Pieb mit einem Steinmesser über den Kopf, der ihn einen Augenblick betäubete; er gab aber die Verfolgung nicht auf und schlug endlich den Schürmer zu Boden, so daß dieser nicht weiter fliehen konnte. Mit Hilfe anderer Straßenpassanten wurden die beiden Verbrecher, die übrige

gens schon sehr erhebliche Zuchthausstrafen verbüßt haben, zur Wache gebracht. — Die beiden Angeklagten hatten es auf das Warenlager des Goldwarenhändlers Setol abgesehen gehabt. Sie hatten eine Scheibe des zur Wohnung gehörenden Hinterzimmers eingedrückt, waren in dieses Zimmer hineingekriecht, hatten dann die von dort nach dem Korridor führende Tür mittels Dietrichs geöffnet, um von hier aus in den eigentlichen Geschäftsladen einzudringen. Zu diesem Zwecke hatten sie die untere Holzfüllung der Tür herausgeschitten und auch bereits ein Teil des Blechs, welches vor die Tür genagelt war, gelöst, als der im Schlafe liegende Geschäftsinhaber durch seine Frau, die von dem verdächtigsten Geräusch wach geworden war, erweckt wurde. Er zog sich ganz leise die Seidkleider an, wurde aber, als er bis zur Tür gekommen war, durch den Auf der beiden Verbrecher zurückgeschreckt: „Weh Dir, wenn Du herauskommst! Wir schießen!“ Herr Setol stürzte nun zum Fenster, rief um Hilfe und ermöglichte dadurch die Festnahme der beiden Einbrecher. Auf der Wache stellte sich Hofenpuch als „Don Quixote de la Mancha“ vor und gab sein Alter auf „300 Jahre“ an. Bei späteren Vernehmungen erklärte er, er sei der Graf von Reipenstein, der von seiner Burg bei Köln a. Rh. nach Berlin gekommen sei, um auf sein Schloss bei Danzig weiter zu reisen usw. Er sowohl wie auch Schirmer wollten von dem Einbruch nichts wissen; Schirmer erklärte nur immer wieder: er sei verrückt und man könne ihm nichts anhaben. Nun ist Schirmer in der Tat in früheren Jahren mehrmals in Irrenanstalten gewesen und als geheilt entlassen worden; Medizinalrat Dr. Hoffmann konnte aber nur begutachten, daß dieser Angeklagte ein minderwertiger Mensch ist, der die Tat jedoch nicht etwa in einem Dämmerungszustand ausgeführt habe. Bei dem Angeklagten Hofenpuch lag ohne Zweifel Simulation vor. Das Gericht verurteilte Hofenpuch zu 6 Jahren, Schirmer zu 8 Jahren Zuchthaus.

Umgang mit einer Bierzechnjährigen.

Der jetzt 32 Jahre alte Bierzechnführer Joseph Stubenrauch ist der Sohn sehr wohlhabender Gutsbesitzerleute aus Sondernheim, der sich im Jahre 1906 verheiratete, aber keine glückliche Ehe mit seiner Frau führte. Namentlich als im Jahre 1908 der Werkführer Stod in den Betrieb der Bierzechn eintrat und Stubenrauch sich in die 14 Jahre alte Tochter Marie desselben verliebte, war der eheliche Frieden gänzlich gestört. Stubenrauch mußte Stod zwar entlassen, aber er setzte das Verhältnis mit der Tochter dennoch fort. Der Ehelohnstift nahm ein schlimmes Ende, denn Stubenrauch erschlug eines Tages im September 1909 seine junge Frau, wie die öffentliche Meinung annahm, absichtlich, um freie Hand zu bekommen. Der Täter behauptete aber, daß es aus Versehen geschehen sei. Die Frau war von hinten erschossen worden und ihr Mann gab, unter Anklage gestellt, an, sein Revolver sei beim Putzen losgegangen und der Schuß habe seine Frau tödlich getroffen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgange zu drei Jahren Gefängnis, die er zurzeit verbüßt. Während der Untersuchungsphase hat aber Stubenrauch durch entlassene Gefangene verschiedene Personen eine Anzahl Briefe übermitteln lassen, in denen die Adressaten von ihm aufgefordert wurden, zu seinen Gunsten auszusagen. So schrieb er unter anderem an den Lehrer Meißel in Sondernheim, dieser werde jedenfalls Zeugnis darüber abgeben sollen, ob er gehört habe, daß der Angeklagte einmal gedroht, er werde seine Frau schon noch wegschaffen. Der Zeuge möchte in diesem Falle doch erklären, daß er nichts mehr wisse. In ähnlicher Weise schrieb der Angeklagte an andere, so auch an die Familie Stod, die er bat, sie möchten alles schön miteinander ausmachen, dann werde es schon gehen; sie möchten vorichtig sein in ihren Reden. Marie solle gar nichts sagen, sich dumm stellen und weinen. Die Richter haben schon Einsicht mit ihm. Stubenrauch stellte ein ganzes Verzeichnis der zu erwartenden Fragen auf und fügte die Antworten hinzu, die gegeben werden sollten. Er wurde daher vor dem Landauer Schöffengericht der Verleitung zum Meineide angeklagt. Mit Ausnahme der jetzt 17jährigen Marie Stod, die auf alle an sie gestellten Fragen verflocht antwortete: „Ich erinnere mich nicht mehr“, und

sogar den von ihr früher zugegebenen intimen Umgang mit Stubenrauch jetzt abläugnete, belasteten alle Zeugen den Angeklagten, der zu fünf Jahren Zuchthaus einschließlich der drei Jahre Gefängnis, abzüglich der bereits verbüßten Strafe, und zehn Jahre Ehrenrechtsverlust verurteilt wurde.

Aus aller Welt.

Schweres Unwetter an der adriatischen Küste.

Eine Hutwelle hat gestern einen großen Teil der adriatischen Küste verheert. Zahlreiche Fischerboote sind gesunken; viele andere konnten mit größter Mühe die Häfen von Bari und Ancona auslaufen. Ganz besonders in Venedig hat der Sturm großen Schaden angerichtet. Aus Vassano wird der Einsturz eines Fabriksteins gemeldet. Vier Arbeiter wurden dabei getötet, zwei schwer verletzt. Ferner wird auch noch berichtet, daß über verschiedene Teile Italiens im Laufe des gestrigen Tages heftige Gewitter niedergegangen sind.

Schreckstat einer Wahnsinnigen.

Ein entsetzliches Unglück hat gestern vormittag, wie ein Telegramm aus Saarbrücken meldet, die Frau eines Bergmanns aus dem Dorfe Spiesien bei Saarbrücken angerichtet. In einem Anfall geistiger Umnachtung hat die Frau in Abwesenheit ihres Mannes drei ihrer Kinder mit einer Schnur erdrosselt, dem vierten die Kehle durchgeschnitten und das fünfte künftige mit Hydroxyd vergiftet. Danach schnitt sie sich selbst den Hals durch. Während die fünf Kinder tot sind, liegt die Frau schwer verletzt daneben.

Die Belagerung der Wadestube.

In dem russischen Orte Wjeschek im Gouvernement Twer töteten zwei von der Polizei verfolgte auf der Flucht einen Schuhmann und verwundeten einen zweiten schwer. Darauf schlossen sie sich in eine Wadestube ein, wurden jedoch von der Polizei umzingelt. Die ganze Nacht dauerte das Schießen an, wobei noch ein Polizeibeamter schwer verwundet wurde. Am nächsten Morgen wurden beide Eingeschlossene tot aufgefunden.

Vier Häuser eingestürzt.

In der französischen Ortschaft St. Etienne stürzten in einem Arbeiterdortel gestern vier Häuser ein. Unter den Trümmern wurden zwei Leichen hervorgezogen, eine dritte Person erlitt schwere Verletzungen. Die geringe Anzahl von Verunglückten ist dem günstigen Umstande zuzuschreiben, daß fast alle Bewohner der Häuser ausgegangen waren, um in den Hauptstraßen der Stadt dem Beschäftigtenstreik zuzuschauen.

Kleine Notizen.

Schwere Mordtat eines jugendlichen Verbrechers. Gestern morgen wurde in einem Hause in Köln der 21 Jahre alte Kellner Gehring während des Schlafes von einem 18-jährigen Hausburschen Jephel überfallen und ermordet. Der Täter hatte sich in dem Zimmer des Kellners verborgen gehalten und ihn, nachdem er sich zur Ruhe begeben hatte, gewürgt und erdrosselt. Danach hat er seinem Opfer mit einer kräftigen Schere eine Anzahl Stiche am Halse beigebracht. Beim Verlassen der Wohnung wurde er von einem hinzukommenden Wanne überwältigt und von Schutzleuten festgenommen. Verhafteter Raubmörder. Der angebliche Schriftsteller Jäh, der vor einigen Tagen an Bord des Dampfers „Cordoba“ den

Mechaniker Schutt ermordet hatte, ist in der französischen Stadt Valenciennes verhaftet worden. Nach seinem Geständnis hat er den Schutt getötet, um sich homosexuellen Annäherungsversuchen von dessen Seite zu entziehen.

Schwerer Unglücksfall im Spital. In einem Mailänder Spital stürzte eine Anzahl Kranker beim Zusammenbruch einer Plattform aus einer Höhe von vier Metern ab. Zwölf von ihnen wurden verletzt, darunter mehrere schwer.

Doppelmord in einem belgischen Pfarrhaus. In der letzten Nacht drangen in das Pfarrhaus des Dorfes Dampremy unbekannte Täter ein und ermordeten den Priester und seine 65-jährige Köchin. Die beiden Leichen wurden morgens mit eingeschlagenem Schädel von dem Kirchendiener aufgefunden. Die Mörder sind unter Mitnahme einer größeren Geldsumme sowie verschiedener Schmuckstücke verschwunden.

Eingegangene Druckschriften.

Vom „Kampf“, der Monatszeitschrift der Österreichischen Sozialdemokratie, erschien neben dem Heft 6 (Märzheft) des 4. Jahrgangs. Es hat folgenden Inhalt: Karl Kautsky: Die Tragödie unserer Zeiten. — Otto Bauer: Österreich-Ungarn und Italien. — Maria Jettin: Stuttgart. Um das Frauenwahlrecht. — Josef Seliger: Zum Landesparteitag in Deutsch-Österreich. — Ernst Lafenbacher: Die Kommune. — Jakob Viskiner-Gernowit: Die Sozialdemokratie und die Agrarfrage in Österreich. — Eduard Stojch: Die Organisation der Landarbeiter. — Arnold Doltzger: Die Bekämpfung der Krankenkassen durch den Alkoholismus. — Hugo Schulz: Eine deutsche Geschichte für Arbeiter. — Rundschau.

Briefkasten der Redaktion.

E. W. 15. Gerade für unermittelte junge Mädchen ist äußerste Verzicht geboten. Im übrigen raten wir, bei der Deutschen Bühnengenossenschaft — Präsident Hermann Riffen, Kollendörferstr. 200 — anzuklagen. — Georg 23. „Internationale Kritiken-Zeitung“ Berlin, „Der Kritik“ Düsseldorf. Bestimmte Geschäfte wollen wir nicht nach. — W. 2. 13. Wenden Sie sich an den dortigen Magistrat. — W. 144. Im Verlag von Rud. Woffe, Genesheimer Straße 46, auch in größeren Fällen. — D. S. 1. Ja, mit Ausnahme der Unterabteilung. 2. Ja, sofern Ihre Einkommensverhältnisse das zulassen. — G. 47. Ja. — R. 100. Ja, vom 8. September 1912 ab. — 100 G. 1. Ja. 2. Das ist ohne Wirkung. — W. 2. 4. Zur Hälfte, die andere Hälfte fällt an die Eltern oder Geschwister. — R. 2. Kanzleibogen. — W. R., Schöneberg. 1. Das hängt von der Höhe der Miete ab. 2. Sie müssen im Laufe des Tages (1. April) räumen. — W. S. 70. An das Landratsamt. — G. 20. 2. Markt. — G. R. 21. Fragen Sie bei der Zentralkommission der Krankenkassen, Engländer 15, an. — W. S. 37. Sie haben recht. R. S. 106. Nur dann nicht, wenn der Wirt für diesen Monat Mieteentschädigung bezieht.

Soeben erschienen:
Volkstrentung, Polizeiwillkür!
Die Wahparole des schwarzen Blocks.
Reden der Abgeordneten David, Frank, Schmidmann u. des Reichskanzlers b. d. Staatsberatungen am 9. bis 14. Dezember 1910. Nach d. stenograph. Berichten. 245/4* Preis 40 Pf.
Expedition des Vorwärts
BERLIN SW. 68
Lindenstr. 69, Laden.

Gartenstadt Hohen-Neuendorf
Bald (Nordbahn) Besser. Im Schützenhaus. 2000 qm. zwischen Bahnhof, grenzend an die östl. Forst, Gabel u. dem Großschiffahrtskanal, herrlich. Hochwald u. Landbaustellen, an gepflasterter Straße, Gas-, Wasserleitg., Parzellen, gut Boden, (sind die C.-R. v. 12 W. an: 10jähr. Amortisation. - Kein Bauzwang. Sommer- und Ferienhäuser von 300 M. an. — Baubehörde. — Baugeld. — Illust. Broschüre gratis! Spezial-Direktion: Wollenberg, Berlin NO. 43, Neue Köpenickerstr. 71. Fernspr. VII, 3038

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE ALEXANDERPLATZ FRANKFURTER ALLEE

Besonders preiswerte Lebensmittel

Stangenspargel 1 ¹⁰ / ₂ Dose 63 Pf.	Junge Schoten 1/2 Dose 42 Pf.	Karotten in Streifen 1/2 Dose 28 Pf.
Schnittbohnen 3 Pfd. 42 Pf.	Wirsingkohl 1/2 Dose 26 Pf.	Kohlrabi in Scheiben mit Grün 1/2 Dose 19 Pf.
		Kohlrabi in Scheiben mit Grün 1/2 Dose 28 Pf.

Wurstwaren

Feine Leberwurst . . . Pfd. 95 Pf.	Rotwurst Pfd. 70 Pf.
Landleberwurst . . . Pfd. 85 Pf.	Jagdwurst Pfd. 95 Pf.
Pastet.-Leberwurst Pfd. 1 ⁰⁰	Cervelat u. Salami. Pfd. 1 ¹⁵
Rotleberwurst Pfd. 95 Pf.	Teewurst Pfd. 1 ¹⁵
Mettwurst westfäl. Art . Pfd. 95 Pf.	Rollschinken Pfd. 1 ²⁵
Sülzwurst Pfd. 70 Pf.	Mausschinken Pfd. 1 ²⁰
Blut- u. Zwiebelwurst Pfd. 50 Pf.	Mager- u. fett. Speck Pfd. 80 Pf.
Schinkenspeck Pfd. 1 ⁰⁰	Spickbrust Pfd. 1 ⁴⁰

Kolonialwaren

Erbsen, kleine Pfd. 14 Pf.	Bohnen, kleine Pfd. 15 Pf.
Victoria-Erbsen . . . Pfd. 16 Pf.	Bohnen, runde Pfd. 18 Pf.
Erbsen, geschält Pfd. 21 Pf.	Linsen, mittel Pfd. 12 Pf.
Grüne Erbsen Pfd. 19 Pf.	Linsen, gross Pfd. 14 Pf.
Java-Reis Pfd. 20, 25 Pf.	Kalif. Pflaumen Pfd. 40, 50 Pf.
Rangoon-Reis . Pfd. 15, 18 Pf.	Türk. Pflaumen . . . Pfd. 36 Pf.
Makkaroni, lose Pfd. 28 Pf.	Pflaumen, entsteint . . Pfd. 48 Pf.
Makkaroni Paket 34 Pf.	Backobst Pfd. 38 bis 60 Pf.

Frisches Fleisch

Gulasch Pfund	Rinderkamm Pfund	Fehrippe Pfund	Schmortfleisch Pfund	Kalbskeule im ganzen Pfund
Hammeldünnung 60 Pfennig	Kotelettstück m. Schmalz 75 Pfennig	Rippespeer l. ganzen 85 Pfennig	Filet Oberschale 95 Pfennig	Kalbsnierenbraten 100 Pfennig
Hammelhexen 60 Pfennig	Pökelkamm 75 Pfennig	Kalbskamm 85 Pfennig	Schabefleisch 95 Pfennig	Filet im ganzen 100 Pfennig
Gehacktes Pfennig	Schinken im ganzen Pfennig	Hammel dicke Rippe Pfennig	Roulade Pfennig	Roastbeef m. Knochen Mark

FISCHE

Lebende Plötzen Pfd. 40 Pf.	Frische Stinte Pfd. 13 Pf.	Tafelfluslachs in ganzen Fischen Pfd. 40 u. 60 Pf.
Leb. Hechte 1/2 Pfd. 80 Pf. bis 1 Pfd. 95 Pf.	Kabeljau in ganzen Fischen Pfd. 15 Pf.	Tafelzander Pfund 63, 75 Pf.
Leb. Schleie Pfd. 85 Pf. portionsfische Pfd. 1 ⁰⁰	Dorsche 2 bis 4 Pfund Pfd. 16 Pf.	Grüne Heringe Mandel 12 Pf.
Leb. Karpfen Pfd. 65, 78, 90 Pf.	Goldbarsche Pfd. 20 Pf.	Seemusche per 100 Stück 38 Pf.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Sonntag, den 5. März 1911, nachmittags 3 Uhr, in den Raunhyn-Jälen, Raunhynstr. 6:

Oeffentliche Jugendversammlung

aller in der Holzindustrie Berlins beschäftigten Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:

1. Wer schützt wahrhaft die Interessen der jugendlichen Holzarbeiter? Referent: Kollege Langhammer.
 2. Diskussion.
 3. Verschiedenes.
- Zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Jugendkommission der Klavierbranche und der südlichen Abteilungen.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Reichthorstr. 23, part. Filiale Berlin. Tel.: Amt IV, 4787

Sektion der Lackierer.

Heute, Donnerstag, den 2. März, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Redakteurs Georg Schmidt: „Preussische Verfassungskämpfe“.
 2. Diskussion.
 3. Verbandsangelegenheiten.
- Zahlreiches Erscheinen erwartet

Küchenmöbelbranche.

Freitag, den 3. März, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung

im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.

Tages-Ordnung:

1. Die Arbeitslosenunterstützung in unserem Beruf. Referent: Kollege G. Wien.
 2. Diskussion.
 3. Branchenangelegenheiten.
- Zahlreiches Erscheinen erwartet

Oeffentl. Vortrag für Damen u. Herren

am Freitag, den 3. März, abends 8 1/2 Uhr, in Ballschmieders Hefisälen, Badstr. 16.

Referent: Dr. med. Magnus Hirschfeld.

Thema:

Ursachen, Wesen, Folgen, Verhütung und Bekämpfung der Prostitution und der Geschlechtskrankheiten. Freie Aussprache. — Fragenbeantwortung. — Eintritt 20 Pf. Es ladet zu diesem belehrenden Vortrage nur Erwachsene ergebenst ein. Der Vorstand der Gesellschaft für volkstümliche Vorträge.

32 eigene Fischdampfer.

Unsere Dampferflotte bracht

große Fänge Seefische

Donnerstag, Freitag, Sonnabend verkaufen wir:

- II. blutfrischer Seelachs im Anschnitt p. Pfd. 28 Pf.
- II. blutfrischer Kabeljau im Anschnitt p. Pfd. 28 Pf.
- II. blutfrischer Schellfisch im Anschnitt per Pfund 45 Pf.
- II. Jütländer Schellfisch per Pfund 45 Pf.
- II. kleiner Schellfisch zum Braten, per Pfd. 25 Pf.
- II. Bratschollen per Pfund 30 Pf.
- II. Knurrhahn per Pfund 30 Pf.
- II. blutfrischer Goldbarsch per Pfund 30 Pf.
- II. lebendfrischer Seeaal delik., per Pfund 50 Pf.
- II. Rotfleisch-Flußfisch i. Anschn. per Pfund 80 Pf.

Außerdem empfohlen: II. Steinbutten, Seezungen, Zander sehr preiswert.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“.

Hauptgeschäft: Berlin G. (Bahnhof Börse) Tel.: III, 8804. Tel.: III, 2784.
Eigene Filialen: Invalidenstraße 131. Prinzenstraße 94. Große Frankfurter Str. 85. Madaistr., Bog. 8-9, Fruchtstraße gegenüber. Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 111.
Niederlagen: Berlin S., Oranienstraße 3. Spandau, Breite Straße 54. Schöneberg, Akazienstraße 31. Steglitz, Schloßstraße 121. Rixdorf, Berliner Straße 14. Charlottenburg, Augsburger Straße 18. Weißensee, Langhansstraße 144. Zehlendorf bei Carl Schön, Grunewaldallee.

Eigener Fischereihafen.

Kardinal Malz-Kaffee

Ist das beste Geseesgetränk für jedermann. Magenleidenden, Herzkranken, Nervösen etc. kann er nicht warm genug empfohlen werden. Er schmeckt u. riecht angenehm, würzig u. kräftig u. ist fast überall zu haben.
Nur in roter Packung.

Kolonie Nonnendamm.

Wohnungsuchende finden in diesem aufblühenden Stadtteil günstige Wohngelegenheit.
Billige Mietpreise!
Geräumige luftige Zimmer, Schule, Kirche, Arzt, Apotheke, Geschäfte aller Branchen vorhanden.
Ankunft bei den Verwaltern und der Märkischen Bodengesellschaft, Berlin W., Leipziger Straße 123a.

Dritter und vierter Wahlkreis.

Freitag, den 3. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Graumann, Raunhynstr. 27:

Oeffentliche

Kommunalwählerversammlung

für den 11. und 13. Bezirk.

Tagesordnung:

1. Die bevorstehende Stadtverordnetenwahl.

Referent: Stadtverordneter Dr. Wehl.

2. Ansprachen der Kandidaten und freie Diskussion.

Zu zahlreichem Besuch laden ein

Die Vorstände der sozialdemokratischen Wahlvereine.

J. A.: Paul Hoffmann, Stralauer Platz 1/2.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt III, 1239. Charitéstraße 3. Hauptbureau: Hof III. Amt III, 1987.

Sonntag, den 5. März 1911, vormittags 10 Uhr:

Fortsetzung

der außerordentlichen Generalversammlung unserer Verwaltungsstelle

im großen Saale der Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 16/23.

Tages-Ordnung:

Stellungnahme zur Generalversammlung des Gesamtverbandes in Mannheim.

112/16* Mit kollegialem Gruß: Die Ortsverwaltung.
Besondere Einladungen werden zu dieser Generalversammlung nicht verschickt. Als Legitimation gilt die Legitimationskarte für Vertrauensleute und Mitgliedsbuch.

Vertretungen sind nicht zulässig.

Zeit ist Geld

Soll Ihr Auto stets rechtzeitig sein Ziel erreichen, und wollen Sie sich unnötige Kraftanstrengung bei der Reifenmontage ersparen, so lassen Sie Ihr Fahrzeug mit

abnehmbarer

Continental Felge

versehen. In weniger als zwei Minuten gestattet sie selbst dem Laien die Auswechslung eines Reifens.

Spezialiste zu Diensten.

Continental - Caoutchouc- und  Gutta-Percha-Co., Hannover.

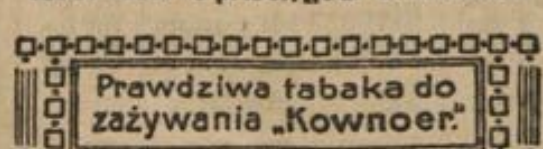
Disung für! aufst auf tiefst



J. Goldfarb Preuss. Stargard

gegründet 1839.

Tabac russe à priser, goût de Kowno.



Stoffe

Garantiert „Original-Englisch“ für Anzüge, Hüter, Röcke 3 u. 4,50 M. Tuchlager Koch & Seeland G.m.b.H. Gertraudenstr. 20-21 bis a-bis d. Betrifische.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Fett ohne Schwarte

und ohne Ragerfleisch 60 Pf., 2 Pfund 1.15 Mark.

Kaffee ohne Knochen, Pfd. 85 Pf. und Poln. Gratzwurz 90 Pf. als Beigabe zum Rot- u. Grünfobl. Borzühl. gewürzte Rot- und Leberwurz, Pfd. 50 Pf., 2 Pfd. 95 Pf. Jeden Dienstag u. Freitag abend: Frische Blutwurz, Pfd. 80 Pf. Leberwurz, Stüd 10 Pf. 3925*
Preisliste franko.
Versand n. auswärts geg. Nachnahme.
F. Nielsch, Wilhelmstr. 109-110.

Gemeinsame Orts-Krankenkasse für Steglitz.

Bekanntmachung.

Der 5. Nachtrag zum Kassentat, beschlossen in der außerordentlichen Generalversammlung am 14. 2. 10, ist vom Bezirksausschuß zu Potsdam am 7. 2. 11 in folgendem Umfang genehmigt worden:

§ 11 Abs. 1 l. Satz ist dahin geändert, daß die An- und Abmeldungen bei der Kassenverwaltung schriftlich zu erfolgen haben. § 18 bestimmt nunmehr, daß Mitgliedern bei Doppelversicherung das Krankengeld nicht gestürzt wird. Die weiteren Änderungen der §§ 28, 32, 36, 68 betreffen Angelegenheiten der Vorstandswahl, der Generalversammlung und der Bekanntmachungen.

Der 6. Nachtrag zum Kassentat, beschlossen in der außerordentlichen Generalversammlung am 20. 11. 10, hat am 20. 1. 11 die Genehmigung des Bezirksausschusses gefunden.

§ 14 Abs. 1iffer 3 bestimmt, daß bei Gewerkschaftsmitgliedern das Krankengeld vom zweiten Tage nach dem Tage der Erkrankung ab für jeden Tag einschließlich der Sonn- und Feiertage gezahlt wird.

Durch die Streichung des § 29 kommt die Zahlung des Eintrittsgeldes in Wegfall. Im Anschluß hieran werden die §§ 31, 32, 33, 34, 61, 68 berart geändert, daß überall die auf die Zahlung von Eintrittsgeld bezüglichen Worte gestrichen werden.

§ 30 Abs. 1 setzt die wöchentlichen Kassenbeiträge fest auf:

- a) für die Mitglieder der 1. Klasse 84 Pf.
- b) für die Mitglieder der 2. Klasse 63 Pf.
- c) für die Mitglieder der 3. Klasse 42 Pf.
- d) für die Mitglieder der 4. Klasse 24 Pf.

Am § 41 ist die Vergütung für Vorstandsmitglieder für Teilnahme an Sitzungen auf 1,50 M. festgelegt.

Vorstehende Bestimmungen treten am 6. 3. 11 in Kraft.

Abdruck der Nachträge können im Kassenlokal, Rixdortstr. 8, während der Kassenstunden von 9-1 Uhr entgegengenommen werden. 271/12 Steglitz, den 27. Februar 1911.

Der Vorstand: E. Barthel, H. Brauer, Vorsitzender. Schriftführer.

Gardinen-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin, Oranienstr. 158

Riesen-Auswahl

Gardinen, Portieren, Stores, Vitragen, Tüllbettedecken etc. Einzelne Fenster spotbillig.*

Inventur-Extraliste und Katalog

enorm billiger Extrangebote (600 Abbild.) gratis und franko.

Möbel

kaufen Sie am billigsten direkt in der Fabrik Stallschreiberstraße 57 (Moritzplatz). Verkauf im Fabrikgebäude

R. Harnack

Tischlermeister. Zahlungsvereicherungen.

Warnung!

Trotz wiederholten Hinweises sind in letzter Zeit Nachahmungen meines Kapitän-Kautabaks in Umlauf.

Der Kapitän-Kautabak ist nur echt mit Zettelleinlage und Etikette mit der Aufschrift:

Feiner Dänischer Kapitän-Kautabak

(ges. geschützt 75 658).

Meine werthe Kundschaft bitte ich, Kapitän-Kautabak ohne obige Beschriftungen als unecht zurückzuweisen und mir Fälle von Nachahmungen mitzuteilen, damit ich dagegen einschreiten kann.

Karl Röcker, Tabakfabrik, Berlin O. 27, Grüner Weg 112. (VII. 3861.)

Partei-Angelegenheiten.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Auf Antrag der Propaganda-Kommission für das Genossenschaftswesen findet am Sonntag, den 5. März, von früh 8 Uhr beginnend, eine

Flugblattverbreitung

statt.

Der jähe Zusammenbruch des Rabattvereins Norden legt uns die Verpflichtung ob, sofort einzugreifen und die Berliner Arbeiter-Schaft zum Eintritt in die Konsumvereine zu veranlassen.

Das Flugblatt wird verbreitet in den sechs Berliner Kreisen und in den Orten Adlershof, Alt-Glienice, Baumfantenweg, Borsigwalde, Britz, Charlottenburg, Erkner, Friedrichshagen, Friedrichshagen, Grünau, Hermendorf, Johannisthal, Karlshorst, Königs-Wusterhausen, Köpenick, Lichtenberg, Mariendorf, Nieder-Schöneweide, Nowawes, Ober-Schöneweide, Reinickendorf (Ost und West), Rixdorf, Rummelsburg, Schenkeberg, Schöneberg, Spandau, Zegel, Zeltow, Tempelhof, Treptow, Waidmannslust, Weißensee, Wilhelmshagen, Wilmersdorf, Zehlendorf.

Wir erwarten, daß kein Parteigenosse fernbleibt und gemäß den Bestimmungen des Magdeburger Parteitages dazu beiträgt, die Idee des genossenschaftlichen Zusammenschlusses der Arbeiterschaft zu fördern.

Der Aktions-Ausschuß.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Der am heutigen Donnerstagabend geplante Vortrag des Kurzes für die Genossinnen Berlins muß in dieser Woche ausfallen. Die Genossin Bieg ist durch plötzliche Erkrankung verhindert, den im Programm vorgesehenen Vortrag zu halten.

Das Verbandsbureau.

Zweiter Wahlkreis. Morgen Freitag, 3. März, findet in der Victoria-Druckerei, Lühovstraße 111/112, eine öffentliche Versammlung statt. Der Reichstagsabgeordnete des Kreises, Genosse Richard Fischer, wird sprechen über: „Die Auslieferung des Tempelhofer Feldes an die Bodenbesitzer und der Kampf der Junker gegen Berlin.“

Waldersdorf-Schulzendorf. Am Sonntag, den 5. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, findet auf dem Grundstück des Genossen Weber in Waldersdorf eine Vollversammlung unter freiem Himmel statt. Das Referat hat der Genosse Fritz Zubeil übernommen.

Waldersdorf-Falkenberg. Zu der am Sonntagnachmittag in Waldersdorf stattfindenden Versammlung unter freiem Himmel treffen sich die Versammlungsbesucher bis 12 1/2 Uhr in „Villa Rahl“ in Waldersdorf. Der Abmarsch erfolgt von dort pünktlich um 12 1/2 Uhr.

Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Das Umwesen der Rabattspareine.

Die aufsehenerregende Liquidation des Rabattspareins „Norden“ hat die Aufmerksamkeit weiterer Kreise von neuem auf das Umwesen der Rabattspareine gelenkt. Eigentlich paßt die Bezeichnung „Vereine“ nicht auf diese Gründungen; sie ist vielmehr auf eine Täuschung des Publikums berechnet. In Wirklichkeit handelt es sich bei den Rabattspareinen um die Nachschaffungen einiger Personen, die sich eine gute Brände verschaffen. Die Macher dieser Gründungen handeln vollständig nach eigenem Ermessen. Die eigentlichen Mitglieder, als die Käufer und Verkäufer in Frage kommen, haben auch nicht das mindeste in die Geschäftsführung hineinzureden. Alles machen der Mandant und seine Freunde. Von einem Geschäftsbericht bekommen die Mitglieder dieser eigenartigen „Vereine“ nichts zu sehen und zu hören; noch viel weniger besteht eine Kontrolle, die die Mitglieder ausüben können. Die gesamte Geschäftsgebarung dieser Gründungen beschränkt sich im wesentlichen auf Ausgabe von Marken und dazu gehörigen Karten und außerdem auf die Einnahme von Geldern aus den Kreisen der Verkäufer. In welcher Weise diese Gelder verwaltet werden, wie sie angelegt werden, alles das entzieht sich der Kenntnis der Mitglieder. Und so ist es gar nicht verwunderlich, wenn plötzlich die Deffektivität mit der Nachricht überrascht wird, der oder jener Rabattsparein ist verkracht. Entweder sind verhehlte Spekulationen oder unredliches Gebahren der Gründer die Ursache zum Zusammenbruch. Und die Sparer haben das Nachsehen.

In Berlin ist das Rabattvereinswesen weit verbreitet. Obwohl große Kreise des kaufenden Publikums genau wissen, daß sie beim Kauf einen oft mehr als den Wert der Marken betragenden Aufschlag auf die Waren zahlen müssen, wird trotzdem vielfach auf die Rabattmarken großer Wert gelegt. Viele Käufer sagen sich, nehme ich keine Marken, bekomme ich auch nicht mehr Ware, als wenn ich Marken fordere.

Man redet sich ein, daß man im Augenblick den kleinen Preisaufschlag nicht so fühlt und zu Weihnachten auf eine größere Summe Spargelder rechnen kann. Dazu kommt, daß bei dem weit verbreiteten Rabattvereinswesen immer mehr Verkäufer sich der Einführung dieser Marken nicht entziehen können, um nicht Kunden zu verlieren, die auf die Marken direkt verfallen sind.

Dieses Rabattvereinswesen ist zu einer wahren Plage, zu einem Umwesen ausgeartet, deren Folgen nur dann in greifbarer Erscheinung treten, wenn ein Rabattsparein wieder einmal verkracht und die Hoffnungen Tausender von Hausfrauen mit einem Schläge vernichtet. Dann legen sich manche Enttäuschte die Frage vor: Wie ist es möglich, sich diesem Rabattumwesen zu entziehen und doch das Ziel zu erreichen, das sie bei Entnahme von Rabattmarken im Auge haben. Die Antwort auf diese Frage ist sehr einfach und lautet:

Kauft in eigenen Geschäften!

Als solche kommen für Berlin und seine Vororte die Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft Berlins und Umgegend in Betracht. Mitglied dieser Genossenschaft kann jeder Mann und jede Frau werden. Die Mitglieder kaufen dann in ihren eigenen Geschäften, da sie als Mitglieder Geschäftsteilhaber werden. Grundsatz in der Genossenschaft ist reelles Gewicht und preiswerte unverfälschte Ware. Nach Jahresfrist erhalten die Mitglieder entsprechend der Höhe ihres Einkaufs eine Rückvergütung in Form einer Dividende und haben nicht

nötig, den zweifelhaften Gründungen der Rabattspareine Vorzug zu leisten. Wer das Umwesen der Rabattspareine bekämpfen und sich vor unliebsamen Überraschungen bewahren will, werde Mitglied der Konsumgenossenschaft Berlins und Umgegend.

Auswanderungslustige.

die zur Urbarmachung Südbraziens ihre Knochen hergeben wollen, sind noch immer sehr gesucht. Als Köder für sie dient das Anerbieten der brasilianischen Bundesregierung, nicht nur das urbar zu machende Land den Einwanderern auf Borg zu geben, sondern auch die Seereise für sie aus Staatsmitteln zu bezahlen. Man sieht, wie wertvoll denen da draußen die schaffenden Hände sind, die die Schätze des Landes heben sollen, um mit ihnen den Staatsfiskus zu füllen. Die Agitation zur Gewinnung deutscher Auswanderungslustiger für Ansiedlung in Brasilien wird auch in Berlin und seinen Vororten betrieben; zwar möglichst unauffällig, aber mit darum nicht geringerem Eifer, und auch der Erfolg bleibt ihr hier nicht versagt.

Aus einer Gruppe von Berliner Auswanderungslustigen, die demnächst nach Südbraziens gehen wollen, um sich in Santa Catharina niederzulassen, hat sich eine Genossenschaft gebildet. Sie firmiert als „Südbrazilianische Landwirtschaftsgenossenschaft“. Den Mitgliedern wird in Aussicht gestellt, daß in der geplanten Kolonie ein Zusammenschluß zu gemeinsamem Einkauf von Lebensmitteln, von Wirtschaftsbedürfnissen usw. sowie zu gemeinsamem Verkauf ihrer Bodenerzeugnisse ihnen die Schaffung einer neuen Existenz erleichtern und den Ertrag ihrer Arbeit sichern werde. Mitglied kann werden, wer einen Anteil in Höhe von, wenn wir recht unterrichtet sind, 50 M. nimmt. Die Leiter der Genossenschaft veranstalten öffentliche Versammlungen, laden durch Zeitungsannoncen zum Besuch ein und heißen Gäste willkommen. In diesen Zusammenkünften wird von den Vortragern immer wieder versichert, daß nur für die Genossenschaft geworden, nicht etwa für eine Auswanderung agitiert werden solle. Von wem die Agitation für diese Auswanderung nach Santa Catharina betrieben worden ist, das ist wohl den meisten Genossenschaftsmitgliedern selber nicht klar. Den Verdacht, daß Agenten die Fäden in der Hand hätten, lehnt der Vorstand der Genossenschaft mit Entrüstung ab. Uebrigens hat es bereits die Polizei für nötig gehalten, der Sache ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Der Vorsitzende der Genossenschaft ist vorgeladen und darüber vernommen worden, was für ein Unternehmen er da leitet. Ihm ist gesagt worden, er betreibe wohl eine Art Auswanderungsgewerbe; doch hat er diese Charakterisierung seiner Tätigkeit als unbedeutend zurückgewiesen.

Naturngemäß entsteht die Frage, wer eigentlich dafür verantwortlich ist, daß die Versprechungen erfüllt werden. Wer bürgt dafür, daß die brasilianische Regierung die Landereien in der versprochenen Größe hergibt, nicht über die ausbedungene Höhe des Kaufpreises hinausgeht und die Stundung für die zugesagte Zeitdauer gewährt? In einer Versammlung, die am Montag stattfand, erfuhr man nicht, ob irgendwelche Verträge darüber bestehen. Es wurde nur die Versicherung gegeben, daß der brasilianischen Regierung getraut werden dürfe. Man sagt, daß sie, wie schon oben bemerkt, sogar die Seereise bezahlen werde. Ein Neugieriger, der in der Versammlung durch öffentliche Anfrage bei dem Genossenschaftsvorstand sich Gewißheit hierüber verschaffen wollte, bekam von dem Vorsitzenden (einem Herrn Wolfram aus Birkenwerder) die sonderbare Antwort: „Wer die Seereise bezahlt? Na, das soll uns doch Gottlieb Schulze sein! Die bezahlt der liebe Gott!“ Vermutlich war die nötige Belehrung über diesen Punkt, die den Gästen noch vorenthalten wurde, den Mitgliedern bereits früher erteilt worden. So ganz billig ist übrigens die Auswanderung auch dann nicht, wenn wirklich die Seereise vom „lieben Gott“ bezahlt wird. Die Reise von Berlin bis zum Hafen Rotterdam muß von jedem Auswanderer aus eigener Tasche bezahlt werden. Auch die Ausrüstung, die für die Uebersiedlung in die Wildnis des brasilianischen Urwaldes erforderlich ist, kostet nicht wenig. In einer der letzten Sitzungen der Genossenschaft wurde besprochen, was alles mitgenommen werden müsse. Alle möglichen Dinge werden zum Ankauf empfohlen, Mäntel, Stiefel, Decken, Zelte, Feldbetten, Hängematten, Jagdflinten, Signallämpfer und dergleichen mehr. Firmen wurden als billig angepriesen, einzelne Geschäftsleute waren persönlich anwesend; sogar Verkäufe wurden sogleich abgeschlossen. Auf den unbedeutenden Betragswert dieses geschäftliche Treiben sehr eigenartig.

Schon am 15. März soll von Rotterdam ein Schiff mit etwa 30 Familien der Genossenschaft auslaufen, und für das am 5. April abgehende nächste Schiff sammelt sich bereits ein zweiter Schub. Tausend Hoffnungen schwellen diesen Auswanderungslustigen die Brust; aber vielleicht blühen ihnen Lebensvolle Enttäuschungen in dem fremden Land, das sie als neue Heimat erwählen. Das mühten viele Berliner Arbeiter erfahren, die vor mehr denn Jahresfrist nach Brisbane (Australien) auswanderten. Viele von ihnen sind den Strapazen erlegen, und die Briefe, die nach Deutschland gingen, und von denen wir in einigen Fällen Kenntnis gegeben haben, zeigten, unter welsch unsäglich traurigen Verhältnissen die Leute vegetierten. Besonders der Industriearbeiter, der nicht in der Landarbeit aufgewachsen ist, sollte sich so ein Kolonistenleben nicht als leicht vorstellen. Die zur Verfügung gestellten Landereien müssen erst vom Urwald befreit werden und können dann noch auf Jahre hinaus nicht dem Pflug, sondern nur mit der Hacke bearbeitet werden. Sie liegen übrigens 100 Kilometer ab von der nächsten größeren Stadt und sind von ihr durch ein noch ganz unwegsames Gebiet getrennt. Demen, die diese Agitation für die Beteiligung an der Genossenschaft betreiben, kann man eigentlich nicht nachsagen, daß sie den Auswanderern die Zukunft allzu rosig malen. Sie sagen selber, daß harte Arbeit und zunächst auch manche bittere Entbehrung der Ankommlinge harret. Aber von dem Eifer, den die „Führer“ zeigen, geht eine suggestive Wirkung aus, die auch manchen verleiten kann, ohne viel Ueberlegung mitzugehen.

Die Zustände in unserem preußisch-deutschen Vaterlande sind leider nicht danach angetan, solcher Agitation entgegenzuwirken. Der Beschäftigungsmangel, unter dem die Arbeiterklasse in den letzten Jahren gelitten hat, und die Verteuerungspolitik, die ihr die Beschaffung des Lebensunterhalts noch mehr erschwert, treiben Scharen unserer Volksgenossen hinaus in die Fremde. Wir empfehlen aber allen Auswanderungslustigen: Vorsicht vor den Werbemännern für Brasilien!

Im übrigen wäre es auch Pflicht der Regierung, insbesondere des Auswärtigen Amtes, über die Verhältnisse in Brasilien, die im vorliegenden Falle in Betracht kommen, öffentlich Aufklärung zu schaffen.

Aus der Grundstücks- und Wohnungstatistik Berlins bringt die Steuerverwaltung der Stadt in ihrem kürzlich veröffentlichten Jahresbericht über das Steuerjahr 1909/1910 die übliche Zu-

sammenstellung einiger Hauptzahlen. Von Ende 1908 bis Ende 1909 haben die benutzten Grundstücke sich nur um 82 vermehrt, von 28 375 auf 28 457. Unter den 28 457 Grundstücken aus 1909 waren 27 951 bebaut und 506 unbebaut; zu letzteren sind auch Lagerplätze usw. gerechnet, auf denen nur Schuppen, Kontorgebäude usw. sich befinden. In dem genannten Zeitraum vermehrten sich die Wohnungen (einschl. Geschäfts-, Arbeits-, Lagerräume usw.) von 686 985 um nur 5411 auf 642 396, während in den drei vorhergegangenen Jahren das Plus an Wohnungen usw. noch 20 234, 15 984, 11 330 betragen hatte. Man sieht, wie sehr in den letzten Jahren die Wohnungsproduktion in Berlin sich verringert hat. Unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise und des Beschäftigungsmangels hatte nicht mehr der Zugang von außerhalb der gewohnten Bevölkerungszunahme gebracht, was die Bevölkerungsübermehrun aufgefalten worden und zeitweise ganz zum Stillstand gekommen und hatte dementsprechend der Wohnungs-konsum sich sehr merklich abgeschwächt.

Auch die durchschnittliche Jahresmiete pro Wohnung usw. hat im Steuerjahr 1909/1910 sich nicht mehr so bedeutend wie in den letztvergangenen Jahren erhöht, diesmal nur von 735 M. auf 738 M., nur noch um 3 M., in den drei vorhergehenden Jahren aber um 6 M., 9 M., 11 M. Da der Wohnungskonsum noch rascher und stärker als die Wohnungsproduktion nachließ und infolgedessen die Zahl der unvermietet bleibenden Wohnungen usw. sich beträchtlich mehrte, so haben die meisten Hausbesitzer ihre Mietsteigerungsgehäfte auf eine für sie günstigere Zeit verschoben müssen. Die Folgen dieser den Hausbesitzern aufgetragenen Mäßigung zeigen sich auch in den Zahlen für den gesamten Jahres-nutzungswert aller benutzten Grundstücke, der von Ende 1908 bis Ende 1909 nicht mehr so erheblich wie in den vorhergehenden Jahren stieg. Er erhöhte sich diesmal von 468 Millionen Mark nur auf 474 Millionen Mark, um 6 Millionen Mark, während in den drei vorhergehenden Jahren das Plus sich auf 17 Millionen, 18 Millionen, 15 Millionen gestellt hatte. Der durchschnittliche Jahresertrag pro Grundstück stieg von 16 496 auf 16 664 M., um 168 M., was gleichfalls wenig ist gegenüber dem Zuwachs der drei vorhergehenden Jahre in Höhe von 384 M., 400 M., 525 M. Ueber den „gemeinen Wert“ der Grundstücke stehen Angaben erst aus zwei Jahren zur Verfügung. Für sämtliche Grundstücke wurde er im letzten Jahre auf ziemlich 8 1/2 Milliarden (8730 Millionen) geschätzt, um 167 Millionen höher als im vorherigen Jahre, wo er auf reichlich 8 1/2 Milliarden (8563 Millionen) geschätzt worden war.

Die erste Beratung des städtischen Etats wird in der heutigen Stadtverordneten-Versammlung stattfinden.

Ward und Selbstmord. In der Suarezstraße 60 in Charlottenburg hat gestern vormittag um 10 Uhr der 36 Jahre alte Zuschneider Johann Joplua, aus Wien gebürtig, seine Geliebte, die 41 Jahre alte Witwe Hermine Rijege, ebenfalls aus Wien gebürtig, durch zwei Schüsse ins Herz getötet und sich dann selbst eine Revolverkugel in die Brust gejagt. Auch er war sofort eine Leiche. Die Ermordete ist Mutter von drei Kindern im Alter von 3—10 Jahren und war Inhaberin einer gutgehenden Schneiderei. Vor ungefähr drei Jahren nahm sie den J. als Zuschneider in Stellung, und es entspann sich dann zwischen den beiden ein Liebesverhältnis. Vor ungefähr vierzehn Tagen erlitt dieses indessen eine Erhebung, und die Rijege kündigte daraufhin ihrem Zuschneider, der auch bei ihr wohnte, Joplua mühte ziehen. Seit dieser Zeit trieb er sich wiederholt im Hause der Rijege herum, wurde auch einmal schlafend auf dem Boden gefunden. Die Polizei übergab ihn seinen Verwandten zur Beobachtung in Berlin. Gestern vormittag klingelte er an der Wohnung der Rijege, die Schwester der Witwe öffnete unvorsätigerweise, und Joplua verübte darauf seine Tat. Die Leichen sind von der Polizei beschlagnahmt worden.

Eine Eifersuchtsdröge hat sich gestern morgen im Norden Berlins abgepielt. Als die 30jährige Arbeiterin Witwe Marie A. ihre in der Driesener Str. 2 belegene Wohnung verlassen wollte, wurde sie von ihrem Geliebten, dem 42jährigen Arbeiter Wilhelm Martin, Driesener Str. 27 wohnhaft, überfallen und durch drei Messerstiche schwer verletzt. Frau A., die seit mehreren Jahren Witwe und Mutter eines neunjährigen Knaben ist, hatte vor mehreren Jahren mit dem M., mit dem sie in einer Fabrik zusammen arbeitete, ein Liebesverhältnis angefangen. Das Paar bezog zusammen eine Wohnung, und beide kamen anfangs gut miteinander aus. Bald aber gab es böse Austritte und Eifersuchtszügen, und schließlich sogte sich die A. von dem Manne los und bezog mit ihrem Kinde die kleine Wohnung in der Driesener Str. 2. M. versuchte nunmehr wiederholt, sich seiner früheren Geliebten zu nähern, wurde jedoch stets zurückgewiesen. Daraufhin richtete der Arbeiter Drohbriefe gegen die A., in denen er ihr mitteilte, daß er sie töten werde. Gestern laurerte er ihr auf und verlegte ihr zwei Stiche in den Rücken, die die Muskeln bis zum Wirbel glat durchschnitten. Ein dritter Stich traf die Angestellte in das linke Auge, so daß der Augapfel verletzt wurde. Passanten machten Jagd auf den Mordbuben, der nach der Tat die Flucht ergriffen hatte. Man holte ihn ein und brachte den sich verzweifelt Wehrenden nach dem nächsten Polizeirevier. Frau A. wurde nach dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus gebracht. Ihr Zustand ist sehr bedenklich.

Ein tragischer Vorfall ereignete sich am gestrigen Mittwoch früh in der Bastianstraße. Gegen 7 Uhr morgens hatte der dort in dem Hause Nr. 4 wohnende 37jährige Hausdiener Richard Hartstod sich auf den Weg zu seiner Arbeitsstelle begeben. Er wurde, da er seit einiger Zeit leidend war, von seiner jungen Frau begleitet. Als das Ehepaar sich kaum wenige Schritte vom Hause entfernt hatte, wurde H. plötzlich von einem heftigen Blutsturz befallen, sank benimmungslos zu Boden und verstarb nach wenigen Sekunden in den Armen seiner Frau. Der Verstorbene wurde von Passanten nach der Unfallstation in der Badstraße gebracht, wo der Arzt nur den infolge Blutsturzes eingetretenen Tod bestätigen konnte, und nach der Leichenhalle überführte.

Kindesmord. Im Jagen 55 des Grunewaldes, in der Nähe des Bahnhofs, fanden gestern Morgen Forstbeamte den Leichnam eines neugeborenen Knaben. Der Körper des Kindes war in einem graubraunen Pappkarton, der offenbar aus einem Schuhwarengeschäft stammt, gebettet und mit grauem Padpapier eingewickelt. Es liegt in diesem Falle zweifellos Mord vor, da sich in dem Karton des Kindes ein Ankel vorfand. Die sofort angestellten polizeilichen Recherchen sind bisher ohne Erfolg geblieben.

Selbstmord auf zweifache Weise hat am gestrigen Mittwoch nachmittag der 25jährige Hausdiener Schulz aus der Mitterstraße verübt. Schulz, der im Warenprüfungsamt in der Leipziger Straße 108 als Hausdiener angestellt war und sich ein verschuldetes Wesen zur Schau trug, begab sich am gestrigen Nachmittage in die vierte Etage, schlang sich auf das Fensterbrett, und schoß sich so dann eine Kugel in den Kopf. Schwer getroffen stürzte Sch. in die Tiefe und verschied bereits nach wenigen Augenblicken. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe übergeführt. Die Wände, die den Hausdiener in den Tod getrieben haben, sind unbekannt.

Wer ist der Tote? Von einer Automobildrohke überfahren und getötet wurde gestern nachmittag in der Eschinger Straße ein alter Mann, dessen Person noch nicht festgestellt werden konnte. Der Tote, der nach dem Schauhaufe gebracht wurde, hat einen grauen Sinn- und Schnurbart und ein rundes, volles, blaßes Gesicht. Auf dem rechten Auge scheint er blind gewesen zu sein. An der linken Hand fehlt ihm der Daumen.

Hydus über die Alkoholfrage. Am Freitag abend 9 Uhr spricht im Gewerkschaftshaus, Saal 8, Redakteur Herrm. Weh über: Alkohol und künstlerische Schaffen! Kein Getränkeausfluß! Eintritt 10 Pf.

Griffener in einer Möbelfabrik. Ein großer Feuertag brach in der letzten Nacht in der Schmidstr. 2, am Michaelstischplatz, aus und beschäftigte die Feuerwehr stundenlang. Das Feuer wüthete in der Möbelfabrik von Karl Hinzmann, die in einem hölzernen Quergebäude untergebracht war. Bei Ankunft der Löschzüge standen die Kellereien dieses Quergebäudes und das Erdgeschloß schon in Flammen. Da in den Räumen große Posten Holz und Holzmaterialien lagerten, griff das Feuer immer weiter um sich, sodaß bald auch der erste Stock und das Dachgeschloß brannte. Branddirektor Reichel ließ fünf Schlauchleitungen auslegen und das brennende Gebäude von Stadietern aus unter Wasser nehmen. Vor allem galt es, den angrenzenden Seitenflügel, der durchweg Wohnungen enthält, zu schützen. Das Treppenhaus dieses Seitenflügels, das direkt in der Ecke liegt, wo Quergebäude und Seitenflügel zusammenstoßen, fing schon an zu brennen, doch konnte die Gefahr schnell beseitigt werden. Die Arbeiter blieben ruhig in ihren Wohnungen, so daß Unfälle nicht vorgekommen sind. Die Abkühlung des Quergebäudes nahm mehrere Stunden in Anspruch und wurde durch eine starke Rauchentwicklung sehr erschwert. Die Löschmannschaften mußten daher auch zwei Rauchschutzhelme in Benutzung nehmen. Das ganze Quergebäude ist ein Haub der Flammen geworden, nur die Umfassungsmauern stehen noch. Mit den Aufbaumannschaften hatte die Feuerwehr noch gestern den ganzen Tag über zu tun. Der Schaden ist ganz bedeutend, da neben den Holzwerkstoffen auch fertige Möbel vernichtet wurden. Die Brandursache ist nicht ermittelt. Der Feuerhelfer Bachmann ist infolge der Raucheinatmung erkrankt. Ein Wohnungsbrand kam in der letzten Nacht in der Alexanderstr. 23 aus. Das Feuer war auf einem Hängeboden über der Badestube ausgebrochen, wo das Dienstmädchen schlief. Wahrscheinlich hatte das Mädchen das Licht umgestoßen, wodurch dann die Betten usw. in Brand gerieten. Da auch die Holzstühle schon brannten, war dem Mädchen der Rückzug abgeschnitten. Es versuchte wohl die Tür zu öffnen, mußte aber davon absehen. Es erlitt dabei schwere Brandwunden am Arm. In der Todesangst stürzte das arme Mädchen, da ihm keine Hilfe von ihrer Herrschaft, einem Kaufmann E. Verju, wurde, zum Fenster, folgte dieses entzwei und schlang sich heraus. Nun hing es mit ihren verletzten Armen am Fensterkreuz der 3. Etage und konnte jeden Augenblick herabstürzen. Die Situation war entsetzlich. Das Mädchen blieb aber bei Besinnung und stieß mit den Fäßen die Fenster zu der Badestube ein. Mit einem Schwung, wobei es sich mit einer Hand oben und einer Hand weiter unten am Fensterkreuz festhielt, gelangte das Mädchen, von Stichtammen eingehüllt, in das Badezimmer, wo es dann zusammenbrach. Es hatte sehr schwere Brandwunden am rechten Arm erlitten. Das Fleisch hing in Flecken herunter und wahrscheinlich ist auch der Arm gedrohen. Brandmeister Sandberg ließ das Mädchen sofort nach dem Krankenhaus am Friedrichshain bringen, wo man sich des Mädchens, das große Schmerzen ausstieß, annahm und hofft, es wieder herzustellen. Der Brand des Hängebodens und der darunter befindlichen Badestube konnte schnell gelöscht werden. Das kahne Wagnis des Mädchens hat ihm das Leben gerettet. Ohne die Flucht aus dem Fenster wäre es wahrscheinlich verbrannt. Beim Anblick der Feuerwehr wurde vor dem Hause gerade ein Mann von einer Automobildrofsche überfahren. Der Verunglückte wurde mit einem Tender noch der nächsten Unfallstation geschafft und dort verbunden.

Beim letzten Frauen-Abend, der bei Arnold, Kreuzbergstr. 2, stattfand, ist irrtümlicherweise ein für die Westerin besonders wertvoller Schirm verwechselt worden. Es wird um Austausch in dem oben genannten Lokale gebeten.

Vorort-Nachrichten.

Röpenitz.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich mit dem vom Staatsausfluß vorbereiteten Steuerentwürfen sowie mit den Gehaltssteigerungen der städtischen Beamten und Lehrer. Die Gewerbesteuer soll vom 1. April d. J. ab von allen im Stadtbezirk befindlichen Gewerbetreibenden, soweit dies nach § 28 des Kommunalabgabengesetzes zulässig ist, erhoben werden, und zwar soll für die Betriebe, in denen weniger als 30 Personen beschäftigt werden, oder deren Anlage- oder Betriebskapital weniger als 30.000 M. beträgt, nur die staatliche Gewerbesteuerveranlagung zugrunde gelegt werden. Für Betriebe, welche 30 und mehr Personen beschäftigen und deren Anlage- oder Betriebskapital 30.000 M. nicht übersteigt, tritt der staatliche Gewerbesteuer als ergänzender Besteuerungsmöglichkeit für jede im Betrieb beschäftigte Person eine Erhöhung um 2 M. oder 1/2 vom Tausend des Wertes des Anlage- und Betriebskapitals hinzu. Die Hundsteuer soll für einen Hund 20 M., für jeden zweiten 25 M. und für jeden weiteren 30 M. betragen. Für Hundehalter ist eine Ermäßigung vorgesehen. Steuerfrei sind Hunde bis acht Wochen alt, desgleichen Fische und Bachwunde. Das Platzgeld ist pro Quadratmeter und Tag des von Waren eingenommenen Raumes auf 20 Pf. festgelegt worden. Endlich soll auch das Bürgerrechtsgeld abgeschafft werden. Der Verlecherstatut des Kaufmanns empfiehlt die Annahme der vorgelegten Steuerentwürfe. Die Versammlung stimmte ohne Debatte den Entwürfen zu. Hierauf erfolgte die Beratung der Befoldungsordnung für die Lehrer und Lehrerinnen. Es sollen erhalten Lehrer an den Gemeindeschulen 1400 M. Grundgehalt, 1000 M. Alterszulagen und zwar siebenmal je 200 M. und zweimal je 250 M. in 31 Dienstjahren, 700 M. Ortszulage und 250 M. Weisbeitrag. Die Rektoren sollen erhalten 1400 M. Grundgehalt, 1100 M. Alterszulage, 1000 M. Alterszulage, 700 M. Ortszulage und 600 M. Weisentschädigung. An der Mädchen-Mittelschule soll das Grundgehalt für Rektoren 3000 M., für geprüfte Mittelschullehrer 2000 M., für nicht geprüfte 1600 M. und für technische Lehrerinnen 1100 M. betragen. An Alterszulagen werden einmal 250 M., dreimal je 300 M. und fünfmal je 250 M. gewährt. Weisentschädigung sollen erhalten die Rektoren 800 M., die geprüften Mittelschullehrer 600 M., die unverheirateten 480 M., die verheirateten Lehrer 550 M., die nichtverheirateten und die Lehrerinnen 400 M. Nach kurzer Debatte wurden auch diese Vorschläge angenommen. — Nunmehr erfolgte die Beratung des Ortsstatuts über die Befoldung der Gemeindebeamten. Vorgelesen sind sechs Klassen, zu der ersten gehören der Stadtkassenrentant, Oberstadtkassier, Polizeikommissar und Landmesser; zu der zweiten die Stadtkassier, Polizeikommissare, der Stadtschreiber und die technischen Baubeamten; zu der dritten Magistrats- und Polizeisekretäre, Kassulatoren und Buchhalter; zu der vierten Polizeiwachmeister und Förster; zu der fünften Bureau- und Kassistenten und zu der sechsten Magistrats- und Polizeibehelfer und Polizeibehelferinnen. Das Anfangsgehalt beträgt für Klasse I: 1850 M., steigend in dreijährigen Raten bis 4650 M.; II: 2150—3400 M.; III: 2100—3850 M.; IV: 2000—3200 M.; V: 1800—2925 M.; VI: 1450—2450 M.; Ranglisten: 1800—2050 M.; Ranglisten: 1100—1850 M. An Weisentschädigung wird gewährt: Klasse I: 600 M., II: 500, III bis IV: 450, V: 400, VI: 300 M. Die städtischen Betriebsleiter erhalten eine Erhöhung ihres Gehalts um 300 M. und ein Wohnungsgeld von 750 M. Die Anstellung erfolgt im Wege des Dienstvertrages, doch kann eine Kündigung nur mit Zustimmung der zuständigen Verwaltungskommission erfolgen. Die Versammlung stimmte auch diesen Vorschlägen zu. Ihre Debatte wurden noch die Etats des Wasserwerks mit 124.000 M. in Einnahme und Ausgabe, des Märkewerks mit 100.500 M., des Elektrizitätswerks mit 336.000 M. und der Waschanstalt mit 408.592 M. angenommen. Der Kanalisationsetat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 257.500 M. ab. Die Gebühren betragen für Gewerbebetriebe 3,2 Pf., für Hausgrundstücke 5,5 Pf. pro Kubikmeter bewohnten Raumes. — Beim Etat der Straßenbahn, der mit 401.250 M. in Einnahme und Ausgabe ab-

schließt, wurde von unseren Genossen beantragt, den Straßenbahntarif anzuheben statt wie bisher jeden zweiten Tag, künftig jeden dritten Tag als dienstfreien Tag zu gewähren. Die Versammlung stimmte dem zu. Nachdem noch die Verpachtung einer Forstparzelle gegenüber der Hirschgarten zu Restaurationszwecken zum Preise von 1500 M. an Herrn G. Vursche, Berlin, und der Bodenanstalt in der Wilhelmstraße an Herrn Israel für 100 M. die Zustimmung erteilt war, erfolgte Schluß der Sitzung.

Schöneberg.

Der fünfte Volkunterhaltungsabend findet am Sonntag, den 5. d. M., abends 6 Uhr, in der Aula der Hohenzollernschule, Veltiger, Ecke Eisenacher Straße, statt. Die Veranstaltung trägt diesmal das Gepräge eines heiteren Abends. Ihre Mitwirkung haben zugesagt: Frau Miriam Horwitz, Kleines Theater, Herr Max Richter, Kgl. Hofoper und Herrmann Valentin, Kgl. Schauspielhaus. Willets a 30 Pf. sind in der Expedition, Martin-Luther-Straße 61 und im Konsumladen, Apostel-Paulus-Straße 40, zu haben. Die Jugendlichen nehmen ihre Visiten am Freitag, den 3. d. M., bei Pöschmann, Vorbergstr. 9, in Empfang.

Pankow.

In der Gemeindevorversammlung am Dienstag wurde zunächst ein Antrag zum Ortsstatut für die gewerbliche Fortbildungsschule, eine Abänderung des Stundenplanes betreffend, beraten. Bei der Befragung der Interessenten war von Arbeitnehmern gewünscht worden, daß die vorgesehene Festsetzung der Unterrichtsstunden in die Zeit von 4—8 Uhr nachmittags dahin geändert werden möge, daß der Unterricht bei früherem Beginn um 6 Uhr beendet und dadurch den jungen Leuten ermöglicht werde, sich noch am Nachschulunterricht usw. zu beteiligen. Die Vertretung ließ es jedoch bei der Zeit von 4—8 Uhr bewenden. — Für die jüdischen Volksschulkinder unseres Ortes wurde von der Berliner Synagogen-Gemeinde auf Grund gesetzlicher Bestimmung, wonach bei einer bestimmten Anzahl jüdischer Volksschüler in einer Gemeinde diese entweder selbst für Unterweisung im jüdischen Religionsunterricht zu sorgen oder die durch anderweitige Regelung erwachsende Kosten zu erstatten hat, ein Beitrag in Höhe von 1788,18 M. für die Jahre 1908/09 beantragt. Nach kurzer Debatte, in welcher unser Vertreter sich auf prinzipiellen Gründen gegen die Bewilligung dieser Summe aussprach, wurde letztere gegen die Stimmen unserer Genossen genehmigt. — Zum Vorsitzenden und zu stellvertretenden Vorsitzenden des hiesigen Kaufmannsgerichts wurden die Herren Stowik resp. Conrad und Baal wiedergewählt. Ferner bestimmte die Vertretung Herrn Schreiber zum Wahlmann für die Wahl eines Delegierten zu den Genossenschaftsversammlungen der Brandenburgischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft. — Nachdem im vorigen Jahre die Gemeindevertretung der hiesigen evangelischen Kirchengemeinde einen Plan an der Lindendammstraße zur Erbauung einer zweiten Kirche überlassen, beabsichtigt nun auch die Berliner Terraintentrale der Kirchengemeinde daselbst ein Grundstück für den Bau eines Gemeinde- und Pfarrhauses zu schenken, knüpft hieran aber die Bedingung, daß ihr der Wert dieses Grundstückes (100 Quadratrunder a 800 M. = 80.000 M.) auf die Erschließung des gesamten Geländes seitens der Gemeinde Pankow bei Erhebung der Wertzuwachssteuer in Anrechnung gebracht wird. Von bürgerlicher Seite wurde gegen diese Bedingung an sich nichts eingewendet, nur fand man die Werberechnung der Grundstücke mit 800 M. pro Quadratrunder gegenüber den Bodenpreisenverhältnissen des in Betracht kommenden Geländes als viel zu hoch und mit 600 M. als völlig genügend bezahlt. Von unserer Seite wurde mit Entschiedenheit das Ansinnen der Terraintentrale überhaupt bekämpft. Es sei nicht einzusehen, weshalb die Gemeinde der Terraintentrale hier noch ein Extragebiet zuwenden soll, da diese bei Erschließung des fraglichen Geländes ganz erhebliche Vorteile genieße. Die Vertretung beschloß schließlich gegen die Stimmen unserer Vertreter die Anrechnung von nur 60.000 M. — Die nun folgende Beratung über die Festsetzung des für das Jahr 1911 zu erhebenden Prozentsatzes an Konsumationsgebühren (3 Proz. vom Gebäudesteuer-Aufschlagswert) gab einigen bürgerlichen Vertretern Veranlassung, über die nach ihrer Meinung ungeheure Belastung des Pankower Grundbesitzes durch die Gemeinde lebhaftes Alogon anzustimmen. Einer der Herren vertieg sich sogar zu der Behauptung, daß in Pankow so ziemlich alle Gemeindeforderungen vom Grundbesitz getragen würden. Von unserem Redner wurden diese Ausführungen als eine arge Uebertreibung bezeichnet. Wenn auch nicht gefolgt werden soll, daß der Pankower Grundbesitz zu den Gemeindeforderungen stark herangezogen werde, so habe er auf der anderen Seite auch viele Vorteile. Wenn einmal alle Nichtgrundbesitzer Pankow verlassen und die Grundbesitzer mit ihren Häusern und Wohnungen sich selbst überlassen wollten, würde letzteren recht bald klar werden, wer denn eigentlich in letzter Instanz alle diese Lasten zu tragen habe. Nach lebhafter Debatte, aus der noch eine Andeutung des Bürgermeisters hervorgehoben sei, wonach auch Pankow mit einer Erhöhung des Kommunalzuschlags zur Einkommensteuer in kommenden Etatsjahr zu rechnen haben wird, beschloß die Vertretung gegen eine bürgerliche Minderheit die Festsetzung des Prozentsatzes in der verlangten Höhe. — Hierauf geheime Sitzung.

Hohen-Schönhausen.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins erstattete Genosse Adeler den Bericht von der Kreis-Generalsammlung. Zum Punkt: Eingemeindung des Gutbezirks, sprach Genosse Thiele. Redner betonte, daß der mit der Grundbesitzer- und Bauerschaft abgeschlossene Vertrag ein sogenannter Kaufvertrag sei. Es hätte daher der § 2 des Vertrages, welcher besagt, daß der neu hinzukommende Teil der Gemeinde mit drei Vertretern zu wählen hat, nicht Aufnahme finden dürfen. In diese Ausführungen knüpfte sich eine rege Diskussion. Am Schluß forderte die Genossin Klinge die Versammelten auf, recht rege für die am 19. März stattfindende Frauenversammlung zu agitieren.

Vernau.

Am Sonnabend, den 4. März, abends 8 Uhr, feiert der hiesige Arbeiter-Verein „Freiheit“ sein 20. Stiftungsfest im Eichen. Mitwirkende: Berliner „Freiheit“, Gelagverein „Frisch auf“ (Schönwalde), Männerturnverein Vernau. Da sich der Verein bei allen Parteiveranstaltungen bereitwillig zur Verfügung stellt, werden die Parteigenossen ersucht, denselben recht rege zu unterstützen. Programm 30 Pf.

Jugendvereinsangelegenheiten.

Freie Jugendvereinsangelegenheiten. Sonntag, den 5. März, im Rellerhof, Grünstr. 11: Mitgliederversammlung, Vortrag des Kollegen S. Scholz-Berlin über: „Die soziale Jugendbewegung“.

Wasserstands-Nachrichten.

der Landesanstalt für Gewässerstände, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 28. 27. 2.	Wasserstand	am 28. 27. 2.
Bemsel, Mühl	521 ⁷ +34	Saale, Großh.	311 +14
Bregel, Ankerberg	372 ⁷ +13	Gabel, Spanna	133 0
Beigels, Thon	494 ⁷ +36	Gabel, Radenau	168 +3
Ober, Kallberg	324 ⁷ +13	Spre, Spremb.	240 +32
• Strohn	333 +13	Deetow	157 0
Brandhof	371 +50	Siege, Winden	242 ⁷ +35
Saale, Schwinn	290 +62	• Rinden	340 +8
• Sandberg	194 +6	Rhein, Maginiansau	526 +26
Rege, Borsamm	125 +4	• Raub	—
Eide, Veitmerig	290 +28	• Röll	475 +62
• Dresden	150 +10	Redat, Neubrom	288 +74
• Harbo	415 +3	Wain, Berchem	364 +4
• Hagenburg	348 +16	Wolff, Trier	320 +7

7 + bedeutet Sinken, — Anst. — 7 Unterpegel. — 7 Gleichstand. — 7 Gestirne. — 7 Gestirne, am 1. morgens: 472 cm. — 7 am 1. morgens: 282 cm. — 7 am 28. um 5 Uhr nachmittags höchster Wasserstand: 283 cm.

Arbeiter-Verein „Freiheit“, Wanderschaft am Sonntag, den 5. März, Bernau-Neubor-Bernau. Abfahrt 7^{1/2} Uhr, Steilner Vorortbahn.

Verband der Preisengeldigen Deutschlands, Zweigverein Berlin. Versammlung und Vortrag Donnerstag, den 2. d. M., abends 9^{1/2} Uhr, Rosenhainer Straße 11/12.

Witterungsbericht der städtischen Wetterbureau-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen, Marktlage: Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr mäßig, Geschäft still, Preise wenig verändert. Geflügel: Zufuhr ausreichend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft sehr ruhig, Preise wenig verändert.

Witterungsbericht vom 1. März 1911.

Stationen	Barometrischer Luftdruck	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometrischer Luftdruck	Windrichtung	Windstärke	Wetter
Bismarck	751	SW	3 Regen	6	Caparanda	743	SE	6 Schnee	-1
Dumberg	709	SW	3 bedekt	7	Petersburg	763	S	2 Schnee	-9
Berlin	763	SW	1 bedekt	7	• Berlin	767	SW	4 wolfig	7
Frankfurt	757	SW	4 halb bb.	8	• Berlin	752	SW	3 wolfig	8
München	760	SW	5 Regen	7	• Berlin	764	SW	4 heiter	7
Wien	761	SE	1 Nebel	0					

Wetterprognose für Donnerstag, den 2. März 1911. Etwas kühler, zunächst noch vorwiegend trübe mit geringen Niederschlägen und frischen westlichen Winden; später aufklaren. Berliner Wetterbureau.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 8. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Todesanzeige.
Am Montag, den 27. Februar, verschied plötzlich unser langjähriger Mitglied, der Schneider
August Friedrich
Stallter Straße 5 (Postl. 155).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. März, nachmittags 2^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Simeons-Kirchhofes, am Mariendorfer Weg, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Filiale Groß-Berlin.
Durch den Tod ist und einer unserer Mitkämpfer, der Kollege
Paul Fröhlich
(von der Sektion Nishof)
entziffen worden.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Bestattung hat am Sonntag stattgefunden.
38/10 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Dienstag, nach jahrelangem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, der Schlosser
Carl Fricke
im 55. Lebensjahre sanft entschlafen ist.
Dieses zeigen Siebetraut an
Ww. Agnes Fricke nebst Söhnen.
Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes, Gerichtstraße 37-38, aus statt.
4336

Am 27. Februar starb nach langen schweren Leiden unser lieber Kollege, der Maschinenmeister
Fritz Schulze
im 64. Lebensjahre. 4306
Sein lebenswürdiges Wesen, sein guter Charakter, führen ihm bei den Kollegen ein bleibendes Andenken.
Die Kollegen der Norddeutschen Buchdruckerei.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 2. März, nachmittags 4^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Simeons-Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 8. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Am 28. Februar verstarb unser Genosse, der Schlosser
Karl Fricke
Antonstraße 5.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in der Gerichtstraße aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der Maler, Sattler, Anstreicher usw. Filiale Berlin.
Unseren Kollegen zur Nachricht, daß das langjährige Mitglied, der Maler
Albert Schraube
am 27. Februar verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Nishofers Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
128/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungssitz Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Karl Fricke
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes, Gerichtstraße 37/38, aus statt.
Rege Beteiligung ersucht
119/17 Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten u. Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Maurer
Gustav Raschemann
am Montag, den 27. d. M., nach schwerem Leiden entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 4^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Nishofers Friedhofes am Mariendorfer Weg aus statt.
Die trauernde Witwe.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Beizer
Otto Nagel
am 27. Februar gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. März, nachmittags 4^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle in Treplew, Baumstraße 8, aus auf dem Treptower Gemeinde-Friedhof an der Neuen Arrog-allee statt.
79/16
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Für die liebevolle, große Teilnahme und reichen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unteres Vaters, Schwiegervaters und Großvaters **Karl Schulz** folgen mir allen Freunden, Verwandten und Bekannten, insbesondere den Genossen der 4. Abteilung des 6. Berliner Reichstagswahlkreises, dem Deutschen Bauarbeiterverbande und den Kollegen des Bauerschafts Nishofen unsern herzlichsten Dank.
Die Hinterbliebenen
Elise Schulz nebst Kindern.

Gegen die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und zahlreichen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters
Otto Henckel
sagen wir allen Beteiligten unsern herzlichsten Dank.
31902
Emil Baude nebst Frau.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und zahlreichen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters
Otto Henckel
sagen wir allen Beteiligten unsern herzlichsten Dank.
31902
Auguste Henckel nebst Sohn.

